Freitag, 30. September 1932
Nr. 222. Jahrg. 1932
Breslau

Preis 10 Pf.
Reichsausgabe

SAZ Arbeiter-Zeitung

TAGESZEITUNG DER SOZIALISTISCHEN ARBEITERPARTEI

Mac Donalds nationales Kabinett wackelt

London, 28. September.

WTB. Das Kabinett hat in seiner heutigen Sitzung über die Frage beraten, ob eine Entscheidung des Parlaments über Ottawa vertagt werden könne. Das wurde als unmöglich betrachtet, woraufhin Snowden (Justizminister), Sir Herbert Samuel (Innenminister) und Sir Archibald Sinclair (Staatssekretär für Schottland) ihren Rücktritt erklärten.

Wie verlautet, werden die Liberalen nicht zur Opposition übergehen, sondern alle Regierungsmaßnahmen stützen, die mit den Grundsätzen der Liberalen Partei im Einklang stehen.

Dieser Standpunkt wird ebenfalls in einem Schreiben vertreten, das die Zurückgetretenen an Premierminister Mac Donald gerichtet haben.

Snowden klagt an

London, 28. September.

In einem Briefe an Mac Donald begründet Snowden seinen Rücktritt damit, daß er nicht weiter einer Regierung angehören könne, die eine seiner Meinung nach für die Wohlfahrt des Landes, die Einheit des Reiches und für dessen Beziehungen zu anderen Ländern schädliche Politik verfolge. Der Hauptzweck, den man mit der Bildung einer Nationalregierung verfolgt habe, sei erreicht und die außergewöhnlichen Verhältnisse, die seinerzeit bestanden hätten, hätten aufgehört. Snowden wirft Mac Donald und seinen Kollegen vor, daß sie eine konservative Schutzzollpolitik trieben. Keines der günstigen Ergebnisse, die man vorausgesagt habe, als man zu einer Schutzzollpolitik übergegangen sei, sei erzielt worden. Der Außenhandel Großbritanniens sei beträchtlich zurückgegangen, die Arbeitslosigkeit habe zugenommen und die Schutzzollpolitik habe im Auslande Vergeltungsmaßnahmen und Einschränkungen zur Folge gehabt. Snowden wendet sich außerdem gegen die Konferenz von Ottawa, weil sie nicht zu den erstrebten Ergebnissen geführt habe.

Die Simon-Liberalen bleiben

London, 29. September.

WTB. Bei einer Zusammenkunft der sogenannten Simon-Liberalen-Parlamentsmitglieder wurde eine Entschließung angenommen, worin der Überzeugung Ausdruck gegebne wird, daß der Fortbestand der nationalen Regierung angesichts der ernsten Probleme, vor denen die Nation und die Welt stehen, unbedingt notwendig sei. Sir John Simon und Walter Runciman werden zu ihrem Entschluß, den Premierminister weiterhin zu unterstützen, beglückwünscht.

Mac Donald macht weiter

Mac Donald gab heute abend zugleich im Namen von Lord Sankey und Thomas eine Erklärung ab, in der er sagt:

Wir haben vor zwölf Monaten beschlossen, alle gewöhnlichen Parteiinteressen außer acht zu lassen, und dieser Entschluß besteht auch heute noch fort. Die Aufgabe ist noch nicht erfüllt und kann nicht erfüllt werden, bis man nicht so oder so zu einer Verständigung über Reparationen und Schulden gelangt ist. Wir werden unsere Bemühungen fortsetzen, bis sie erfüllt ist. Erwägungen parteipolitischer Natur würden unseren Einfluß im Lande und in der Welt schwächen und würden die gegenwärtige Bewegung zu gunsten eines Wiederaufbaues der Weltwirtschaft schädigen.

Die Bedeutung der englischen Krise

Der Rücktritt von drei besonders bedeutenden Mitgliedern des englischen Kabinetts, denen sich eine Reihe von Unterstaatssekretären und anderen hohen Beamten angeschlossen haben, stellte eine schwere Erschütterung für Mac Donalds „nationales Kabinett" dar. Diese Regierung war vor etwa einem Jahre gebildet worden, um in einer bisher nicht dagewesenen Konzentration aller politischen Richtungen des englischen Bürgertums in Verbindung mit den Renegaten der Arbeiterpartei die Wirtschaftskrise in England mit außergewöhnlichen Maßnahmen zu bekämpfen. Die Erklärung des zurückgetretenen Ministers und ehemaligen Arbeiterführers Snowden, die wir an anderer Stelle veröffentlichen, zeigt am besten, daß diese Bemühungen keinen Erfolg gehabt haben. Wirtschaftskrise und Massenelend haben sich auch im Laufe dieses Jahres weiter verschlimmert.

Der akute Anlaß zum Konflikt sind die Beschlüsse der Konferenz von Ottawa, die die Schutzzollpolitik der letzten Zeit fortsetzen und steigern. Die liberalen Minister der Samuel-Gruppe und Snowden hatten von Anfang an gegen diese Politik starke Einwände; die Beschlüsse von Ottawa sind für sie als Anhänger des Freihandelsprinzips nicht mehr tragbar.

Aber über diesen besonderen Konfliktstoff hinaus ist die Krise in Mac Donalds Kabinett ein neuer Beweis dafür, daß die Krise des Kapitalismus mit solchen Mitteln, seien es nun wirtschaftliche Palliativmittel oder politische Konzentration, nicht erfolgreich zu bekämpfen ist. Wenn auch heute Mac Donald erklärt, seine Arbeit fortsetzen zu wollen, so kann man doch voraussagen, daß sein politischer Gedanke der Zusammenfassung aller bürgerlichen Kräfte bereits gescheitert ist. In seinem Kabinett werden jetzt die konservativen Minister den Ausschlag geben, und es ist nur allzu möglich, daß schon in Kürze an die Stelle des verhüllt konservativen Kabinetts Mac Donald eine offen konservative Regierung Baldwin treten wird.

Die Regierung berät: Streikverbot!

Proletarier aller Berufe und Richtungen rüstet zur Abwehr!

Die aus Regierungskreisen gut informierte Hugenbergpresse meldet:

„Bezüglich des Streiks sind noch keinerlei Kabinettsbeschlüsse gefaßt worden. Auch hier aber kann man annehmen, daß die Reichsregierung entschlossen ist, sofort durchzugreifen, sobald eine allgemeine Gefährdung des Wirtschaftsprogramms eintreten sollte. Die Reichsregierung dürfte kaum gewillt sein, die Rückführung Arbeitsloser in den Arbeitsprozeß dadurch stören zu lassen, daß in das Wirtschaftsleben parteipolitische Kämpfe hineingetragen werden."

Ferner soll das Versammlungsrecht der Arbeiter noch weiter stranguliert werden. Es heißt das ...

„Wenn die Versammlungsstörungen sich mehren sollten, dann wird die Regierung gegen die Unruhestifter mit allem Nachdruck vorgehen und mit allen Mitteln die Durchführung der Wahlen sichern und erzwingen. Die Reichsregierung wird sich nicht vom gesetzmäßigen Wege durch planmäßigen Terror abdrängen lassen."

Was diese Drohungen bedeuten, unterliegt keinem Zweifel: Völliges Streik- und Versammlungsverbot wird jetzt schon im Kabinett beraten. Es ist eine besondere Demagogie, den Kampf der Arbeiter gegen unerhörten Lohnraub als eine „Sabotage zur Verhinderung der Rückführung Arbeitsloser in den Arbeitsprozeß" hinzustellen. Keinem Arbeitslosen wird mit dem Papenprogramm wirklich geholfen. Es geht nur um die Durchführung eines beispiellosen Lohnraubs. Den zu verhindern, soll jetzt dem Proletariat unmöglich gemacht werden.

Nie und nimmer wird die Arbeiterklasse sich das Streikrecht und willen- und widerstandslos den letzten Pfennig Lohn rauben lassen. Hier gibt es nur Kampf mit allen Konsequenzen. Will die Papenregierung hier den Machtkampf haben, dann muß ihn die ganze Arbeiterklasse in geschlossener Front aufnehmen. Jedes Streikverbot kann nur durch Streik gesprengt werden. Darum nach wie vor: Streik gegen jeden Pfennig Lohnraub, das ist die wirkungsvollste Verteidigung des Streikrechts.

Verschärfte Streiklage

Reichenbach, 28. September.

WSL. Der Textilarbeiterstreik in Reichenbach hat eine größere Ausdehnung angenommen. Insgesamt sind jetzt etwa 700 Arbeiter im Streik, die infolge der Lohnkürzungen auf Grund der Notverordnung über Neueinstellung von Arbeitern die Arbeit niedergelegt haben.

Remscheid, 27. September.

WTB. Die wegen des Generalstreiks bei der von der Nahmer A. G. Alexanderwerk in Remscheid heute vor dem Schlichter für Westfalen, Prof. Dr. Brahn, in Dortmund geführten Schlichtungsverhandlungen sind ergebnislos verlaufen. Der Streik geht weiter.

Im Schuharbeiterstreik in Weißenfels haben nach der einstweiligen Verfügung gegen den Streik die Unternehmer zur Arbeitsaufnahme aufgefordert. Dazu meldet WTB.:

„Der Aufforderung ist nirgends Folge geleistet worden. Demzufolge wurden in allen Fabriken die Aussperrungskündigungen mit einer Kündigungsfrist von 14 Tagen ausgesprochen.

Gegen die einstweilige Verfügung haben die Gewerkschaften Einspruch erhoben. Darüber wird am Freitag vor dem hiesigen Arbeitsgericht verhandelt werden.

In Obenstein bei Lübeck erzielten 800 streikende Achatschleifer eine 20prozentige Erhöhung ihrer Akkordsätze.

Die Direktion der Schuhfabrik Maschke in Harthau i. Sa. zog auf Grund eines einmütig gefaßten Streikbeschlusses ihrer Belegschaft ihre Lohnabbauankündigung zurück.

Durch passive Resistenz erzwang die Belegschaft des Düsseldorfer Metallbetriebs Schenk, Liebe u. Harkot Zurücknahme des Lohnraubs.

Durch kurzen Streik im Rohrwerk 3 der Phönix-A. G., Düsseldorf, wurde der Akkordabbau von 20 Prozent abgewehrt.

In den Textilfabriken Junkers und Simon, Düsseldorf, wurde in zweitägigem Streik der Lohnabbau restlos verhindert.

Abrüstungsberatungen bis 10. Oktober vertagt

Das Büro der Abrüstungskonferenz ist heute nachmittag zu einer kurzen Sitzung zusammengetreten, in der beschlossen wurde, die Arbeiten vorläufig bis zum 10. Oktober zu unterbrechen.

Henderson teilte in der heutigen Sitzung noch mit, daß der Vorsitzende des Luftfahrtausschusses der Konferenz, de Madriaga, beauftragt worden sei, bis zur nächsten Sitzung einen Bericht über das Verbot der Luftangriffe gegen die Zivilbevölkerung und in Zusammenhang damit über Kontrollmaßnahmen für die Zivilluftfahrt vorzulegen. Bekanntlich hat in der letzten Sitzung des Büros de Madriaga darauf hingewiesen, daß die Behandlung dieses Planes durch die Abwesenheit Deutschlands erschwert sei. Henderson erklärte heute dazu, daß er inzwischen eine Unterredung mit dem deutschen Außenminister gehabt habe, und daß er damit rechne, Freiherrn von Neurath noch einmal in diesen Tagen zu sprechen. Er hoffe, daß diese Unterhaltungen die Behandlung der Frage erleichtern werden.

Furchtbare Urteile in Beuthen

31 Jahre Zuchthaus, 9¼ Jahre Gefängnis!

Beuthen O.-S., 28. September.

WSL. Das Beuthener Sondergericht verhandelte Mittwoch gegen sechs Arbeiter, die am 5. August einen Polizeibeamten, der sie wegen nächtlicher Ruhestörung verwarnt hatte, überfallen, entwaffnet und mit seinen eigenen Waffen mißhandelt haben sollen. Das Gericht verurteilte wegen versuchten Totschlags einen Angeklagten zu 12 Jahren Zuchthaus und 10 Jahren Ehrverlust, einen weiteren Angeklagten zu 11 Jahren Zuchthaus und 10 Jahren Ehrverlust und einen Angeklagten zu 8 Jahren Zuchthaus und 8 Jahren Ehrverlust. Zwei weitere Angeklagte erhielten wegen gefährlicher Körperverletzung 2 bezw. 3 Jahre Gefängnis. Ein Angeklagter wurde freigesprochen. Der Staatsanwalt hatte insgesamt rund 60 Jahre Zuchthaus beantragt. Der Straftat liegen keine politischen Motive zugrunde.

(Eigener Bericht der SAZ)

Beuthen, 28. September.

Am Mittwoch wurde gegen die Genossen Kraßny, Krebs, Keller und Peisak wegen schweren Landfriedensbruchs verhandelt. Der Anklage lag zugrunde ein Zusammenstoß zwischen Nationalsozialisten und Antifaschisten am 15. Juni d. J. Der Staatsanwalt veranstaltete einen Aufmarsch größeren Stils von Nazizeugen und beantragte gegen Kraßny 3 Jahre Zuchthaus, gegen die übrigen Angeklagten je 2 Jahre Gefängnis. Unser Genosse Dr. Oppler, der die Verteidigung außerordentlich geschickt führte, erreichte immerhin, daß das Urteil wesentlich milder ausfiel. Es erhielten Kraßny 2 Jahre 6 Monate Gefängnis, unter Anrechnung von 3 Monaten Untersuchungshaft, Krebs 1 Jahr und Keller 9 Monate Gefängnis. Der SAP-Genosse Peisak wurde freigesprochen.

Macht geht vor Recht

Die kommissarische Regierung, die die Geschicke des sogenannten Freistaates Preußen leitet, hat eine Reihe bedeutsamer Personalveränderungen vorgenommen. Dr. Nobis, bisher Ministerialdirektor im Preußischen Staatsministerium, wurde zum Staatssekretär des Preußischen Staatsministeriums ernannt; Dr. Landfried, bisher Referent im Preußischen Finanzministerium, wurde Ministerialdirektor beim Preußischen Staatsministerium; Dr. Schütze, der ebenfalls seit langen Jahren als Beamter im Ministerium tätig ist, wurde Ministerialdirektor im Preußischen Innenministerium — um nur die wichtigsten Ernennungen zu registrieren.

An diesen Beförderungen, die Herr Dr. Bracht vornimmt, ist zunächst etwas auffallend: es handelt sich durchweg um Männer, die bereits unter der Regierung Braun-Severing wichtige Funktionen in preußischen Ministerien innegehabt haben. Das besagt nicht etwa, daß diese Männer aufrechte Demokraten sind oder waren — sondern im Gegenteil: diese Tatsache ist ein neuer Beweis dafür, daß die soviel gerühmte Personalpolitik der Sozialdemokraten Braun und Severing in Wirklichkeit alles Entscheidende versäumte. So wie

Achtung! Kolporteure!

Die Sondernummer der SAZ kommt Sonnabend mit den Zügen D 126 ab Breslau 15,50 Uhr und D 38 ab Breslau 15,37 Uhr zum Versand.

nach dem 20. Juli an die Stelle der abgesetzten Oberpräsidenten, Regierungspräsidenten und Polizeipräsidenten einfach ihre Stellvertreter gesetzt werden konnten, die also die ganzen Jahre hindurch die entscheidenden Positionen innegehabt hatten, so braucht jetzt die Reaktion nur einige Umgruppierungen vorzunehmen, um an das Ziel ihrer persönlichen Wünsche zu gelangen. Der Vorrat an reaktionären Kräften in den 13 Jahre hindurch sozialdemokratisch verwalteten Ministerien ist unerschöpflich.

Doch dies nur nebenbei. Politisch ist in diesem Augenblick vor allem zu beachten, daß die kommissarische preußische Regierung, natürlich in Übereinstimmung mit der Reichsregierung, diese bedeutsamen Ernennungen bewußt, ja geradezu provozierend vorgenommen hat, ehe der Staatsgerichtshof über die Rechtsgültigkeit der ganzen Aktion vom 20. Juli und damit über die Rechtmäßigkeit der Befugnisse der Bracht-Regierung entscheiden konnte. Diese Außerachtlassung der Entscheidung des Staatsgerichtshofes wird besonders kraß dadurch, daß die kommissarische Regierung gleichzeitig den neugebackenen Staatssekretär Dr. Nobis zum Stimmführer der preußischen Vertreter im Reichsrat und den neuen Ministerialdirektor Dr. Landfried zum preußischen Bevollmächtigten im Reichsrat ernannt hat. Damit entscheidet die kommissarische Regierung selbstherrlich auch in dem Punkt, der in dem Konflikt um Preußen der umstrittenste ist. Nicht nur die Regierung Braun-Severing und die ihr politisch nahestehenden Parteien, sondern auch die übrigen deutschen Länder vertreten nämlich den Standpunkt, daß das Recht zur Vertretung im Reichsrat in keinem Falle von der kommissarischen Regierung ausgeübt werden dürfe.

In welchem Grade das alles eine Herausforderung des Staatsgerichtshofes darstellt, das wird am deutlichsten bei der Betrachtung eines Parallelfalles, an den das „Berliner Tageblatt" erinnert. Als vor Jahren vor dem Staatsgerichtshof der Prozeß zwischen Preußen und dem Reich wegen der Ernennung eines Vertreters für den Verwaltungsrat der Reichsbahn schwebte, ernannte das Reich Dr. Luther, ohne die Entscheidung des Staatsgerichtshofes abzuwarten. Daraufhin legte der Reichsgerichtspräsident Simons unter Protest sein Amt nieder, weil er in dieser Ernennung einen unerträglichen Schlag gegen die Autorität des Reichsgerichtes sah.

Ob der jetzige Präsident des Staatsgerichtshofes ähnlich handeln wird, bleibe dahingestellt — es ist auch für die Arbeiterklasse von ganz untergeordneter Bedeutung. Wichtig, ja geradezu entscheidend, ist es aber, daß die Arbeiterbewegung, daß vor allem die sozialdemokratischen Arbeiter und Arbeiterinnen aus diesem Vorgang lernen. Als am 20. Juli die Massen der Eisernen Front im ganzen Lande auf die Parole zum Kampf warteten, da wurden sie mit zwei Verheißungen vertröstet und zum Verzicht auf Kampf veranlaßt: mit den Hinweisen auf den 31. Juli und auf die bevorstehende Entscheidung des Staatsgerichtshofes. Daß der 31. Juli, der Tag der Reichstagswahl, nicht den Ausweg geöffnet hat, den die Arbeiterschaft suchte, dürfte inzwischen allen Arbeitern klar geworden sein. Und nicht anders steht es mit dem Prozeß vor dem Staatsgerichtshof. Wie auch die Entscheidung, viele Monate nach dem 20. Juli, fallen möge, — das eine steht fest: vollendete Tatsachen, durch Macht fundierte Geschehnisse sind nicht durch hilflose Appelle an eine juristische Instanz aus der Welt zu schaffen.

Das haben, wie gesagt, bestimmt alle politisch aufgeklärten Proletarier längst erkannt. Aber die reformistischen Führer wollen diese Erkenntnis nicht beachten, sie fahren fort, an die Stelle des Kampfes und der Kampfvorbereitungen juristische Bemühungen zu setzen. Als in der vorigen Woche einige Gruppen des Reichsbanners aufgelöst wurden, da geschah nichts, nicht einmal eine Protestversammlung wurde einberufen, sondern die Bundesleitung beschloß, „alle Rechtsmittel einzulegen". Nicht anders steht es mit der Haltung führender Gewerkschaftler gegenüber den unmittelbar drohenden Regierungsmaßnahmen zur Abwürgung aller Streikmöglichkeiten. Auch hier der Hinweis auf Entscheidungen, die die Arbeitsgerichte treffen müßten, statt eindeutiger Kampfparolen und Kampfmaßnahmen.

Und im Grunde liegt die ganze sozialdemokratische Politik dieser Tage, mit ihrem Volksentscheid und der neuen Vertröstung auf die Reichstagswahlen, in der gleichen Linie. In dem geradezu leidenschaftlichen Bemühen, dem entscheidenden Kampfe, der revolutionären Auseinandersetzung der Klassen auszuweichen, klammert sich die reformistische Führung an Rechtsprinzipien, die heute weniger als je reelle Bedeutung haben. In einem Zeitpunkt, in dem die herrschende Klasse täglich demonstriert, daß Politik Kampf um die Macht ist, muß dieses Verhalten besonders katastrophal wirken, muß zu immer weiterer Schwächung der Kraft der Arbeiterbewegung führen.

Die reformistischen Führer werden unbelehrbar bleiben, sie sind nicht mehr imstande, einen Weg zu verlassen, den sie seit nun bald zwei Jahrzehnten beschreiten. Aber die Massen der Arbeiterschaft müssen und werden aus den jetzigen Ereignissen erkennen, daß der politische Kampf nicht nach Rechtsgrundsätzen, sondern durch Macht entschieden wird, und daß eine Klasse immer nur soviel Recht für sich gewinnt, wie sie durch ihre Machtentfaltung zu erobern und zu sichern versteht.

Verfassungsbruch erwiesen und zugegeben

Die widerrechtliche Polizeiaktion im Reichstagsgebäude

Polizeibeamte dürfen nicht aussagen

Berlin, 28. September.

Der Polizeiuntersuchungsausschuß des Preußischen Landtages erörterte am Mittwoch die nächtliche Haussuchung in den kommunistischen Räumen im Reichstag, die die Berliner Polizei in der Nacht nach der Reichstagsauflösung durchführte. Ehe die Beratungen begannen, gab Ministerialrat Schütze vom Preußischen Innenministerium eine Erklärung des Reichskommissars bekannt. Darin heißt es, daß der Reichskommissar die ernste Besorgnis habe, daß durch Befragung von Polizeibeamten über die nächtliche Durchsuchung im Reichstag die Methoden veröffentlicht und bloßgestellt werden könnten, nach denen die Polizei staatsfeindliche Bewegungen unterdrücke. Der Reichskommissar sehe sich daher

nicht in der Lage, Aussagegenehmigung für die Polizeibeamten zu erteilen,

die der Ausschuß zu dieser Sache vernehmen wollte. Die Erklärung schildert dann den Tatsachenverlauf der Durchsuchungsaktion in der durch amtliches Kommuniqué schon damals bekannt gegebenen Weise. Danach habe Polizei von vertrauenswürdiger Seite die Mitteilung erhalten, daß Kommunisten im Reichstag ein Sprengstoffattentat vorbereitet hätten (Lachen bei den Kommunisten). Da es nicht gelang, sich mit dem Reichstagspräsidenten in Verbindung zu setzen, und weil Gefahr im Verzuge war, habe die Polizei ohne weiteres die Durchsuchung im Reichstag vorgenommen. Die Erklärung des Reichskommissars schließt mit der Feststellung, daß jedoch in Zukunft die Bestimmungen peinlichst beobachtet werden sollten, wonach innerhalb des Parlamentsgebäudes polizeiliche Aktionen nur mit Erlaubnis des Parlamentspräsidenten durchgeführt werden können.

Der Berichterstatter Abg. Möller-Halle (Soz.) schildert die bekannten Vorgänge und erwähnte, daß dem Ausschuß auch ein Aktenstück aus dem preußischen Innenministerium vorliege, das er wohl eigentlich gar nicht hätte bekommen sollen. Darin es ergebe sich daraus, daß der Sachbearbeiter Oberregierungsrat Diehle erklärt habe, er könne das Verhalten der Polizei nicht billigen und ersuche, dem zuständigen Beamten im Polizeipräsidium, Regierungsrat von Werder, zu eröffnen, daß von ihm erwartet werde, daß er künftighin gesetzliche und verfassungsmäßige Schranken der Polizeigewalt gewissenhaft beobachten werde.

Abg. Dr. Hamburger (Soz.): Nach diesem Bericht wird der Reichskommissar selbst ein Interesse daran haben, die Vorgänge aufzuklären. Sollte die Aussagegenehmigung nicht erteilt werden, so liege der Verdacht nahe, daß man zwar die Aussage genehmige, wenn man davon eine Bloßstellung der früheren, jetzt abgesetzten Minister und sonstigen Vorgesetzten erwarten könne, daß man sie aber verhindere, wenn dadurch die Methoden der jetzigen Machthaber bloßgestellt werden könnten.

Abg. Freisler (Natsoz.) erblickt in der Aussageverweigerung eine neue Verfassungsverletzung, denn sie bedeute eine Sabotage des verfassungsmäßig festgelegten Rechts des Landtags, eine Untersuchung durchzuführen. Diesen Verfassungsbruch müsse der Ausschuß feststellen.

Abg. Borck (Deutschnat. Vp.): Der Reichskommissar fühlt sich nun einmal diesem Landtag nicht verantwortlich, der ja auch gar nichts arbeitsfähig ist. (Lachen bei d. Soz. und Natsoz.) Ob Verfassungsbestimmungen verletzt werden oder nicht, ist uns für diesen Fall gleichgültig. (Hört! Hört!)

Nachdem der Vertreter des Ministeriums des Innern den Saal verlassen hatte, wurde auf Zentrumsantrag die Regierung verständigt, daß es in ihrem eigenen Interesse liege, die Zeugenvernehmung durch einen Vertreter anhören zu lassen.

Darauf wurde in die

Zeugenvernehmung

eingetreten und zunächst der Direktor des Reichstags, Geheimrat Galle, vernommen. Er schilderte die bekannten Vorgänge in der Nacht vom 12. zum 13. September und betonte, daß er Einspruch gegen die polizeiliche Durchsuchung des Reichstags erhoben hätte. Als die Polizei die kommunistischen Fraktionszimmer durchsuchen wollte, habe er darum ersucht, sich doch nur auf die Ermittlung der angeblich dort aufbewahrten Sprengstoffe zu beschränken. Der ausführende Beamte, Herr von Werder, habe ausdrücklich erklärt, der Polizeipräsident habe den

Auftrag zur Durchsuchung des Reichstags

gegeben. Eine Bescheinigung über die beschlagnahmten Gegenstände habe er nicht erhalten.

Dann wurde Reichstagspräsident Göring vernommen. Er erklärte, daß er erst am nächsten Vormittag über die Vorgänge unterrichtet worden sei. Es wäre durchaus die Möglichkeit gewesen, ihn telephonisch zu erreichen, da sein Sekretariat Tag und Nacht besetzt sei. Er bezweifle, daß überhaupt angerufen worden sei. Auch im Telephonjournal sei kein Anruf vermerkt. Es handle sich um einen krassen Uebergriff der Polizei gegenüber den Beamten des Reichstags. Präsident Göring sagte dann, daß er sich sofort mit allen zuständigen Stellen in Verbindung gesetzt habe. Auch der Polizeipräsident habe auf Anfrage ausdrücklich erklärt, daß er keinen Auftrag zur Durchsuchung des Reichstags gegeben habe. Der stellvertretende Reichskommissar Dr. Bracht habe sich allerdings wesentlich zurückhaltender geäußert und erklärt, es müsse erst einmal das Untersuchungsergebnis abgewartet werden.

Dann wurde der kommunistische Reichstagsabgeordnete Torgler vernommen, der erzählte, wie er nachts gegen ½3 Uhr von der Durchsuchung verständigt worden sei und die Räume teilweise durchwühlt und die Schränke geöffnet gefunden habe. Er erklärte, daß selbstverständlich kein Sprengstoff von Kommunisten im Reichstag aufbewahrt werde.

Der Sekretär der kommunistischen Reichstagsfraktion sagte aus, er habe den Eindruck gehabt, daß nicht nach Sprengstoff, sondern nach Akten gesucht worden sei.

Die Beamten hätten gleich drei Schlosser zum Oeffnen der Schränke mitgebracht.

Hierauf teilte der Ausschußberichterstatter mit, daß der „über Nacht zum Ministerialdirektor beförderte" Dr. Schütze, der Vertreter des Reichskommissars, der Presse eine Mitteilung übergeben habe, wonach

Beamte der politischen Polizei nie Aussagegenehmigung erhielten.

Das sei unvereinbar mit der Verfassung, und der Untersuchungsausschuß habe die Pflicht, diesen Dingen auf den Grund zu gehen.

Der Ausschuß beschloß hierauf, durch Rückfrage beim Reichskommissar Dr. Bracht festzustellen, ob der Wortlaut der Erklärung authentisch sei.

Es wurde schließlich mit allen Stimmen gegen die der Deutschnationalen folgende

Entschließung

angenommen:

„Durch seine Weigerung, irgendeine Aussagegenehmigung in der Angelegenheit der Durchsuchung des Reichstags durch Polizeibeamte zu erteilen, hat der Reichskommissar die volle Aufklärung der Vorgänge durch den polizeilichen Untersuchungsausschuß zu behindern versucht. Er hat sich damit in Widerspruch zu der Erklärung gesetzt, die er durch seinen Vertreter am 27. September im Ausschuß hat abgeben lassen. Der Reichskommissar hat das in einem Falle getan, dessen restlose Aufklärung um so dringlicher erscheinen muß, als der

Vorwurf eines schweren Verstoßes gegen die Bestimmungen der Verfassung

in diesem Zusammenhang erhoben und begründet worden ist. Der Ausschuß erhebt gegen das Verhalten des Reichskommissars auf das Entschiedenste Einspruch. Der Reichskommissar hat abweichend von dem Verhalten, das er bei der Aussagegenehmigung für Polizeibeamte in den vor dem 20. Juli liegenden Fällen gezeigt hat, die Aussagegenehmigung generell in einem Falle verweigert, in dem er selbst bzw. ihm unterstellte Organe die Verantwortung tragen. Der Ausschuß weist auf diese Zwiespältigkeit ausdrücklich hin. Der Ausschuß weist die dem Nachrichtenbüro des Vereins Deutscher Zeitungsverleger vom Reichskommissar für die Verweigerung der Aussagegenehmigung heute gegebene Erklärung als

Irreführung der öffentlichen Meinung

zurück. Zur Sache wird der Untersuchungsausschuß seine Feststellungen auf Grund der vorgelegten Akten und der vernommenen Zeugen treffen."

Der Ausschuß beschloß ferner, den General Severin als Zeugen zu laden, der nach der Aussage des Hausinspektors des Reichstags sich am Abend des 12. September erkundigt haben soll, ob im Reichstag alles in Ordnung sei. General Severin war früher Stadtkommandant von Berlin.

Die Feststellungen des Ausschusses zur Durchsuchung des Reichstags sollen am heutigen Donnerstag getroffen werden.

Goebbels in Breslau

„. . . man muß den Papen-Herrenklub bekämpfen, wie man den Marxismus bekämpft" . .

Die gestern in der Jahrhunderthalle veranstaltete erste Wahlkundgebung der NSDAP stand als Auftakt zum Wahlkampf unter dem Zeichen einer groß angelegten „Abrechnung" mit den Deutschnationalen. Die Gemüter der Versammlungsteilnehmer waren bereits durch die heldenhafte Sprengung der Versammlung der Deutschnationalen im Konzerthaus am Tage zuvor so in Wallung versetzt worden, daß es nur noch einer zweistündigen pathetischen Rede des Herrn Goebbels bedurfte, um die „Volks"-Seele zum Kochen zu bringen. Unter der üblichen effektvollen Stimmungsmache zog Goebbels gegen alle „Papenheimer", gegen den Herrenklub, gegen den Kapitalismus, der „parteimäßig von der Kommunistischen Partei bis zu der Deutschnationalen Volkspartei seinen Ausdruck findet" (!) und dem „als einzige Kraft das junge nationalsozialistische Deutschland" gegenüberstehe, mutig zu Felde.

Für klassenbewußte Arbeiter, die sich eine nationalsozialistische Wahlversammlung samt ihrem Goebbels mal aus der Nähe betrachten wollten, muß diese Eröffnung des „Bruderkampfes" der Harzburger eine wahre Wonne gewesen sein. Papen wurde vom Pg. Goebbels nicht allein beschuldigt, der NSDAP die Ideen „geklaut" zu haben, sondern der Herrenklub versuche auch noch obendrein, Hitler die Verantwortung für das aufzuerlegen, was dabei herauskomme. Ein Papen, der selber in einer Koalition mit dem Zentrum saß, habe nicht das Recht, den Nationalsozialisten die mit dem Zentrum geführten Verhandlungen vorzuwerfen.

Die ganze von einer widerlichen Theatralik durchtränkte Rede des Pg. Goebbels gipfelte in einem regelrechten Angriff auf die bisher so hakenkreuztreue deutschnationale „Schlesische Zeitung", die man „samt ihrem verantwortlichen Redakteur noch heute dahin befördern muß, wo sie hingehört". In seinen Schlußausführungen wandte sich Goebbels an das proletarische Element, das „dem Herrenklub nicht fein genug wäre", um auch einmal vor dem Volk und nicht immer allein durch den ungefährlichen Rundfunk sein Programm zu vertreten. In demagogischen Worten „entkleidete" er das Papensche Wirtschaftsprogramm, das nur auf eine Stützung der Unternehmer hinauslaufe. „Papen nimmt den Arbeitslosen, den Kriegsverletzten und -Hinterbliebenen das Letzte". Allerdings „vergaß" Herr Goebbels, den Proleten zu sagen, was er ihnen außer der gesetzlichen Arbeitsdienstpflicht gibt.

Dieser Wahlauftakt der Nazi, wie ihre ganze Agitation der letzten Wochen zeigt, daß sie ihre jetzige Wahlpropaganda ganz auf den Dummenfang unter der arbeitenden Bevölkerung einstellen wollen. Sie spekulieren darauf, daß sie mit ihrem scheinradikalen Geschimpfe auf Papen und Herrenklub den ganzen Haß, die ganze Empörung der Massen gegen den von Papen notverordneten Lohn- und Unterstützungsraub für die NSDAP in Form von Wahlstimmen auffangen können. Das wird die Hitler, Goebbels und Konsorten nicht abhalten, bei nächster Gelegenheit wieder mit den Papen- und Herrenklubleuten zusammen gegen die Arbeiter zu gehen bzw. auch ohne Herrenklub noch brutaler als Papen die Arbeiter niederzuschlagen.

Auf jeden Fall aber sind die Nazis in ihrer heutigen Rolle der radikalen Opposition für die Arbeiterklasse noch gefährlicher als bisher. Daher gilt für alle Arbeiter: Rücksichtslose Entlarvung dieser demagogischen Arbeiterfeinde, Verschärfung des Kampfes gegen die Partei der Arbeitermörder.

Verhandlung der Preußen-Klage am 10. Oktober

CNB. **Berlin, 28. September.**

Wie das Nachrichtenbüro des Vereins Deutscher Zeitungsverleger meldet, ist soeben der endgültige Termin für die Verfassungsstreitklage wegen der Einsetzung eines Reichskommissars in Preußen festgesetzt worden. Die Verhandlungen vor dem Staatsgerichtshof findet am 10. Oktober statt.

Propaganda soll's schaffen

Die Vorbereitungen zur Bildung eines Propagandaausschusses für die Regierungspolitik sind nahezu beendet. Er wird voraussichtlich die Bezeichnung „Werbezentrale Volksdienst" tragen. Wie in politischen Kreisen verlautet, sind der neuen Organisation bereits zahlreiche Verbände und Parteien beigetreten, darunter auch die Deutschnationale Volkspartei.

Gläubigerversammlung des Konsumvereins „Vorwärts“

Gemachter Vergleichsvorschlag für Proleten unannehmbar — Anderer Ausweg muß gefunden werden

Am 22. September fand eine Gläubigerversammlung des Konsumvereins „Vorwärts“ statt, die der vorläufige Treuhänder Vogt und die Verwaltung gemeinsam einberufen hatten. Eingeladen waren die Waren- und Leistungsgläubiger des gefährdeten Unternehmens. Die Spargläubiger hatte man nicht hinzugezogen. Man erklärte einfach, daß man die anwesenden Mitglieder des Genossenschaftsrates als Vertretung der Spargläubiger betrachte. Als weitere Vertreter der Spargläubiger waren die Rechtsanwälte Eckstein und Bandmann anwesend, deren Einladung man aus anderen Gründen nicht umgehen konnte.

Aus dem Bericht, der in der Versammlung gegeben wurde, ist zunächst hervorzuheben, daß die Hauptgläubiger 5200 Sparer sind, die insgesamt eine Forderung von 1,3 Millionen Mark an den „Vorwärts“ haben. Fernerhin, daß die Hälfte der Sparer, 2600 nämlich, Konten nur bis zu 50 Mk. besitzen, während 1200 Konten von 50—100 Mk., 800 Sparer Konten von 100—500 Mk. und nur 600 besitzen ein Sparkonto, das auf mehr als 500 Mark lautet. Diese 600 letztgenannten Sparer haben insgesamt einen Sparanspruch von 650 000 Mk., ihre Forderungen sind also ebensoviel wert, wie die Forderungen aller übrigen Sparer zusammen genommen.

Der größte Hauptgläubiger ist die GEG. Sie hat einen Anspruch auf 1,08 Millionen Mark, von denen rund 300 000 Mk. durch Hypotheken und Uebereignungen gedeckt sind. Ob allerdings im Falle eines völligen Zusammenbruchs des Unternehmens viel für die GEG herausspringt, ist zweifelhaft.

Gemeinde- u. Staatsarbeiter

in der SAP organisiert, Donnerstag, den 29. September 1932, um 19 Uhr, im „Zentral-Ballsaal“ wichtige Sitzung. Mitgliedsbuch dient als Ausweis.

Die übrigen Gläubiger spielen keine wesentliche Rolle. Die Arbeiter-Bank hat einen Anspruch von rund 30 000 Mk. Der Nahrungsmittel- und Getränkearbeiterverband von 84 000 Mk. aus einem dem „Vorwärts“ gegebenen Darlehn. Alle übrigen rund 100 Gläubiger zusammen genommen haben gegen 60 000 Mk. zu bekommen.

Die Verwaltung des Konsumvereins denkt sich den Abschluß des Vergleichs so, daß die Spargläubiger mit 100% befriedigt werden sollen. Sie werden aber verpflichtet, diese 100 Prozent auf drei Jahre zu stunden und sie sich dann in Jahresraten von je 10% auszahlen zu lassen. Die letzte Rate aus dem Sparguthaben würde danach in 13 Jahren ausgezahlt werden. Außerdem beabsichtigt man vorzuschlagen, daß alle eingezahlten Geschäftsanteile gestrichen werden und von jedem Mitglied ein neuer Geschäftsanteil von 30 Mk. eingezahlt wird.

Die übrigen Gläubiger sollen nur 30% ihrer Forderung, diese aber sofort erhalten.

Mitglieder und Spargläubiger des Konsumvereins, deren Interesse wir zu vertreten haben, haben aus vielen Gründen kein Interesse am Konkurs des Unternehmens. Jeder revolutionäre Prolet muß für die Aufrechterhaltung des Arbeiterunternehmens eintreten, aber auch das egoistische Interesse des Einzelnen spricht gegen den Konkurs. Im Konkursfall würde man mit einer Quote von kaum 10% zu rechnen haben. Außerdem müßten alle Genossen befürchten, nicht nur ihren Geschäftsanteil zu verlieren, sondern darüber hinaus mit der Haftsumme von abermals 30 Mark herangezogen zu werden.

Trotzdem muß schon jetzt deutlich gesagt werden, daß der von der Verwaltung vorgesehene Vergleich unannehmbar ist.

Die Spargläubiger sind fast sämtlich Arbeiter, deren letzte Reserve ihr Guthaben beim „Vorwärts“ ist. Aus ihm haben sie Miete gezahlt, aus ihm haben sie notwendige Anschaffungen für den Haushalt oder für Bekleidung in dieser Zeit des Elends gemacht. Es ist phantastisch, von ihnen zu verlangen, daß ihre Forderung zweifellos drei Jahre vollständig und weitere 10 Jahre ratenweise gestundet wird. Das kann zum völligen Ruin von abertausenden Arbeiterexistenzen führen.

Es ist auch ganz unmöglich, von den Mitgliedern des Konsumvereins zu verlangen, daß sie auf ihre Geschäftsguthaben verzichten und noch einmal 30 Mk. Einlage leisten. Das bedeutet praktisch, daß sie zum selben Betrage herangezogen werden, den sie im Konkursfalle als Haftsumme leisten müssen. Die meisten Mitglieder des Konsumvereins werden das einfach nicht tun können. Damit würde aber gleichzeitig nach Vergleichsabschluß der Käuferkreis erheblich eingeschränkt und damit wiederum die Möglichkeit der Aufrechterhaltung des Unternehmens verringert. Nur wenn man für den Konsumverein eine begeisterte Mitgliedschaft gewinnt, die mindestens so groß ist, wie jetzt, kann das Unternehmen gerettet werden. Daher muß der Vergleich, der den Sparern angeboten wird, anders aussehen als jetzt.

Gegen Schulreaktion — für weltliche Schule

Vom Vorstand der „Freien Elternvereinigung“ ist uns der folgende Entwurf eines Aufrufs zugegangen. Wir machen diesen Aufruf mit allem Nachdruck zu dem unseren, weil wir mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln die weltliche Schulbewegung fördern wollen. Der Vorstand der SPD hat die Veröffentlichung dieses Aufrufs abgelehnt. Kommentar überflüssig!

Parteigenossen! Parteigenossinnen!

Die Reaktion bedroht alles, was sich das Proletariat in den vergangenen Jahren erkämpft und aufgebaut hat.

Auch auf dem Gebiete der Schule und Erziehung wollen die „neuen Herren“ ganze Arbeit leisten. Keine Ministerrede, keine Regierungskundgebung in der nicht ihre Parole lautet: Erziehung auf christlicher und nationaler Grundlage! Alles was dieser ihrer Einstellung nach ihrer Ansicht widerspricht, soll rücksichtslos unterdrückt und ausgerottet werden.

Alle SAP-Genossen sind durch unser Programm verpflichtet, für die weltliche Schule einzutreten. Daß die Erhaltung und Förderung der weltlichen Schule eine Klassenfrage des Proletariats ist, wird schon dadurch bewiesen, daß alle bürgerlichen Parteien Gegner der weltlichen Schule sind. Kampf für die weltliche Schule bedeutet daher Kampf gegen den bürgerlichen Klassengegner, bedeutet Kampf gegen die bürgerliche Kulturreaktion.

Der Vorstand fordert deshalb alle Eltern auf, ihre Kinder der weltlichen Schule zuzuführen. Meldet alle Lernanfänger, die nächste Ostern in die Schule eintreten, bis zum 30. September in der nächsten Sammelschule an. Bringt die Kinder, die bisher konfessionelle Schulen besuchten, nach den Herbstferien, am 11. Oktober, in die Sammelschulen.

Arbeitereltern! Schließt die Front gegen die Reaktion auch auf dem Gebiete der Schule!

Breslau, den 27. 9. 1932.

Der Vorstand der Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands.
Ortsgruppe Breslau.

Feuersbrunst in der AOK Grünberg

Brandstiftung festgestellt

Grünberg, 29. September.

In den Büroräumen der Allgemeinen Ortskrankenkasse des Landkreises Grünberg, die in dem Komplex des Kreishauses untergebracht sind, brach Mittwoch abend in der neunten Stunde plötzlich Feuer aus, das an den Akten reiche Nahrung fand. Die Löscharbeiten nahmen mehrere Stunden in Anspruch. Eine über den Büroräumen wohnende ältere Frau mußte von der Feuerwehr aus der Gefahrenzone entfernt werden. Sie wurde mit Rauchvergiftung ins Krankenhaus eingeliefert. Die Polizei, die gleichzeitig mit der Feuerwehr an der Brandstätte eingetroffen war, stellte mit Bestimmtheit Brandstiftung fest. An mehreren Stellen waren Akten in verschiedenen Räumen mit Petroleum begossen und angezündet worden. Es wurden eine Weinflasche mit Petroleum und zwei leere Flaschen gefunden, in denen sich Petroleumreste befanden. Der Brandstifter muß mit den örtlichen Verhältnissen durchaus vertraut gewesen sein. Er ist anscheinend durch den Garten eingedrungen, an dessen Mauer eine Leiter angelehnt vorgefunden wurde. Weder an geöffneten Türen, noch an geöffneten Schrankschlössern befinden sich irgendwelche sichtbaren Merkmale, daß Gewalt angewendet wurde. Die Schlösser wurden vielmehr mit passenden Schlüsseln geöffnet. Auf einen Raub scheint es der Täter nicht abgesehen zu haben, da der Kassenschrank völlig unberührt geblieben ist. Die Polizei verfolgt fieberhaft mehrere Spuren.

Wieder Naziterror auf den Straßen

Vorgestern abend, während sich die feindlichen Brüder von der Harzburger Front in den Haaren lagen und ihre politischen Argumente gegenseitig mit den Fäusten unter Beweis stellten, benutzten 10 braune Banditen (darunter zwei „teutsche“ Frauen) die Gelegenheit, ihren Terror gegen Angehörige linksstehender Organisationen auszuüben.

So wurde unser Genosse St. in später Abendstunde in der Tauentzienstraße zwischen der Agnes- und Höfchenstraße mit dem Rufe: „Da geht so ein AOK-Bonze“, überfallen und mit Fäusten bearbeitet. Der Genosse St. konnte sich nur mit Mühe des Angriffs erwehren.

Als er den Vorfall auf dem Polizeipräsidium melden wollte, wurde er, nachdem man ihn von Zimmer zu Zimmer geschickt hatte, schließlich mit dem Bescheid entlassen, daß man hier nichts machen könne, es verlohne sich auch nicht, einen Beamten nachträglich nach der Tauentzienstraße zu schicken, da sicher die Angreifer längst über alle Berge seien.

Schwerer Unfall beim Flugtag in Ujest

In Ujest wurden von zwei Gleiwitzer Flugzeugen Rundflüge veranstaltet. Ein Flugzeug geriet bei Kurven und Sturzflügen in eine Böe und wurde so stark heruntergedrückt, daß es mit dem rechten unteren Tragdeck den Boden berührte. Die Maschine konnte zwar von dem Flugzeugführer sofort wieder hochgerissen werden, doch wurden von dem Tragdeck die beiden Töchter des Kürschnermeisters Mrosik gestreift. Das eine Kind erlitt einen Unterarmbruch und das andere trug anscheinend schwere innere Verletzungen davon. Die beiden verletzten Kinder wurden sofort ins Krankenhaus geschafft. Das Flugzeug konnte dann glatt landen, doch war an dem unteren Tragdeck ein über einen Meter langer Teil durch den Anprall abgerissen worden.

Werbt Abonnenten

BÜHNE VON LINKS GESEHEN

Stadttheater:

Der fliegende Holländer

Mit der Neuinszenierung des „Fliegenden Holländers“ hat das Stadttheater eine der besten Leistungen der vergangenen Jahre zustande gebracht. Alle Kräfte waren eingesetzt worden, um diesen Abend wirklich wieder einmal zu einem großen Abend der Oper zu gestalten. Die Aufführung stand von Anfang an durch die selten schön gespielte Ouvertüre im Banne des neuen Dirigenten Franz von Hoeßlin, mit dem Breslau wohl seit Prüwers Zeiten zum ersten Male wieder einen Wagner-Dirigenten großen Stils erhalten hat. Er verstand es, eine ganz seltene Einheitlichkeit von Orchester, Chor und Ensemble herbeizuführen. Unter seiner Leitung konnte selbst der dritte Akt, der sonst stets etwas abzufallen pflegt, noch eine Steigerung erfahren.

Die Neuinszenierung lag in den Händen von Werner Jacob, der nicht immer eine einheitliche Auffassung der Aufführung gab. Ankunft und Abfahrt des Holländer-Schiffes kann jetzt als gelöst angesehen werden. Die Sänger leisteten durchweg Gutes. An der Spitze Elli Doerrer, die neue Hochdramatische, die die in sie gesetzten Hoffnungen aus dem Walküre-Gastspiel nicht enttäuschte. Mit ihr hat die Breslauer Oper wieder eine echte Wagner-Sängerin, die der Oper schon so lange gefehlt hat. Richard Groß als Holländer, Ventur Singer als Erik, Hilpert als Daland, Henseleit als Steuermann und die Chöre mit stärkster Ausdruckskraft und größter Einheitlichkeit trugen in gleicher Weise zu dem Gelingen der Aufführung bei, die den starken Beifall des Publikums fand.

Mit ihr hat das Stadttheater als Oper wieder einmal seine Stärke bewiesen. —l—.

Das Bad

Einiges aus und über Salzbrunn

E. Mitten im Waldenburger Hungerland, wo die Bergleute, bei ihrer schweren, lebensgefährlichen Arbeit, Wochenlöhne von 14 Mk. haben, rings umgeben von hohen Bergen, mit herrlichen Laub- und Nadelwäldern, und von tiefen Schächten, liegt das schöne Bad Salzbrunn.

Bis zum Krieg hatte Salzbrunn, einen ununterbrochenen Aufstieg. Seit dem Kriegsende geht es dauernd abwärts, früher kamen bis 12 000 Kurgäste, dieses Jahr sind es zirka 3000. Die vielen Juden, die aus Polen kamen, wurden von den Söhnen der Logierhausbesitzer, die selbstverständlich zu 90 Prozent den Fahnen des unsterblichen Adolf folgen, herausgeprügelt, die deutsche Bourgeoisie gibt aus nationalen Gründen ihr Geld nur im Ausland aus. Der proletarisierte Mittelstand hat kein Geld. Für Arbeiter und Angestellte sind die ermäßigten Preise, unerschwinglich. So kostet die Kurtaxe ab 1. September noch immer 20 Mark, ein Wannenbad 1,50 Mark, und ein Mineralbad 3,50 Mark. Im schärfsten Gegensatz zu diesen Standardpreisen, ist die Bezahlung der im Bad beschäftigten Arbeiter. Die Torwächter bekommen Wochenlöhne von 12—15 Mark, die Mädchen, die den Brunnen ausschenken, 8 Mark wöchentlich, bei 42 Stunden Dienst. Dafür bekommen die Torwächter aber eine schöne Uniform. Das Bad hat 7 Direktoren. Seit vorigem Jahre gehört es nicht mehr dem Fürsten von Pleß, sondern einer Kur- und Heilbad-A.-G. Daran beteiligt ist eine deutsche (!) Land- und Baugesellschaft, bei der wiederum das Reich Hauptaktionär sein soll. Einzelne dieser Direktoren sind bei beiden Gesellschaften tätig und haben ein doppeltes Einkommen.

Es ist selbstverständlich, daß bei dieser Gesellschaft Salzbrunn nie wieder hoch kommen wird. Erst eine Regierung der werktätigen Bevölkerung wird Salzbrunn wieder bevölkern. Gerade Salzbrunn eignet sich ausgezeichnet, als Arbeitererholungsbad. Ein besonders schönes Arbeitersanatorium wird dann das Luxushotel Schlesischer Hof, mit seinen 200 Zimmern werden.

Riesenschmuggel von Devisen und Effekten

Beuthen, 28. September.

Die hiesige Zollfahndungsstelle ist im Einvernehmen mit der Breslauer Zollfahndungsstelle einem Riesenschmuggel von Devisen und Effekten auf die Spur gekommen, an dem zahlreiche Personen im deutschen und ostoberschlesischen Grenzgebiet beteiligt sind. Nach den bisherigen Ermittelungen liegt die Zentrale der Schmugglerbande in einem Hotel in Kattowitz, von wo aus der Schmuggel über die deutsche Grenze, besonders nach Beuthen, Breslau und Berlin geleitet wurde. Die Zollfahndungsbeamten hatten bereits am Sonntag in der Wohnung des Wechselstubeninhabers Max Saper eine Haussuchung vorgenommen, die jedoch ohne Erfolg blieb. Es gelang bei dieser Gelegenheit dem Wechselstubeninhaber Josef Saper, über die Dächer zu flüchten und noch einen großen Teil des Geldes nach dem Ausland in Sicherheit zu bringen. Erst später wurden die Fahndungsbeamten durch Vertrauensleute darauf aufmerksam gemacht, daß in dem Bett des Dienstmädchens der Familie Saper größere Summen deutschen und ausländischen Geldes sowie Aktien verborgen seien. Eine erneut vorgenommene Haussuchung hatte aber wieder keinen Erfolg. Wegen Verdunkelungsgefahr wurde jetzt die Ehefrau des Max Saper in Haft genommen und dem Ermittelungsrichter zugeführt; ferner wurde eine Kontoristin festgenommen. Die Ermittelungen der Fahndungsbeamten sind noch im Gange. Im Interesse der Untersuchung können nähere Einzelheiten vorläufig noch nicht mitgeteilt werden. — Dem Vernehmen nach soll es sich um Riesenbeträge handeln. Die Familie Saper steht im Verdacht, nahezu zwei Millionen Mark nach Polen verschoben zu haben.

Schießerei zwischen Polizei und Einbrechern

Hindenburg, 28. September.

Auf einem Dienstgange bemerkten die Polizeioberwachtmeister Lange und Ende drei Männer, die Säcke und einen Karton trugen und beim Anblick der Beamten verschwanden. Als diese den Männern folgten, erhielten sie sofort Feuer, welches von den Beamten erwidert wurde. Darauf flüchteten die Männer, gaben aber nochmals Schüsse gegen die Beamten ab. Polizeioberwachtmeister Lange brach, von mehreren Schüssen getroffen, zusammen. Er hat zwei Schüsse ins rechte Bein, zwei Schüsse in das linke Bein und einen Handschuß erhalten. Polizeiwachtmeister Ende erhielt einen Schuß in den linken Oberschenkel, er konnte sich jedoch aufrecht erhalten und weiter schießen. Das inzwischen eingetroffene Ueberfallabwehrkommando brachte die verletzten Beamten ins Krankenhaus. Ein Teil des Kommandos nahm die Verfolgung der Täter auf, die jedoch erfolglos blieb. Einer von ihnen ist offenbar durch die Schüsse der Beamten verletzt worden, denn es wurden Blutspuren gefunden. Drei von den Tätern weggeworfene Säcke mit Zigaretten, die aus einem Einbruch in ein Tabakwarengeschäft stammen, wurden sichergestellt und außerdem eine Aktentasche mit Einbrecherwerkzeug beschlagnahmt.

Das Elektrizitätswerk in Brüssel zerstört

Brüssel, 28. September.

Das hiesige Elektrizitätswerk ist durch einen Brand, der in den Leitungsanlagen des Hauptsaales entstand, völlig zerstört worden.

Der Brand breitete sich mit so überraschender Schnelligkeit aus, daß die Belegschaft eben noch Zeit hatte, sich Hals über Kopf in Sicherheit zu bringen. Die gesamten Anlagen mit ihren großen Turbinen sind vollständig vernichtet. Nur ein Nebenwerk mit 30 000 PS konnte gerettet werden. Die Stadt liegt im Dunkeln, da die Kraftversorgung der gesamten Stadt zunächst stillgelegt worden ist. Ein Arbeiter hat schwere Brandwunden erlitten. Riesige Menschenmassen beobachteten die Katastrophe von den Ufern eines in der Nähe vorbeiziehenden Kanals aus.

Brüssels Stromversorgung teilweise wieder hergestellt

WTB. Brüssel, 28. September.

Da die Stromversorgung der Stadt infolge der Zerstörung des Elektrizitätswerkes heute nachmittag noch vollkommen stillgelegt war, sind die heutigen Abendblätter mit Ausnahme des „Soir" heute nachmittag um 5 Uhr nicht erschienen. Gegen 6 Uhr nachmittags setzte die Versorgung mit elektrischem Strom wieder ein, nachdem die Erzeugung von Strom in beschränktem Umfange wieder möglich geworden war.

Das Erdbeben von Chalkidice

23 Ortschaften beschädigt

Athen, 28. September.

Fortwährend laufen noch schreckliche Einzelheiten von dem Erdbebenunglück von Chalkidice ein. 23 Ortschaften sind schwer beschädigt. Die Verbindungen zum Berg Athos sind unterbrochen. Über das Schicksal des historischen Klosters ist man noch im Ungewissen.

Eisenbahnunglück bei Temesvar

Temesvar, 28. September.

Bei einem Zusammenstoß zweier Güterzüge auf der Strecke nach Orsova entgleisten die beiden Lokomotiven und drei Güterwagen und stürzten die Böschung hinab. Ein Lokomotivführer und zwei Fahrgäste wurden tot aufgefunden, der andere Lokomotivführer und ein Bremser erlitten schwere Verletzungen.

88 Fälle von Bauchtyphus

5 Todesfälle

Kattowitz, 28. September.

Wie jetzt bekannt wird, verbreitet sich der von den Behörden bisher nach Möglichkeit geheim gehaltene Bauchtyphus unter den Soldaten der Kattowitzer Garnison mit immer größerer Schnelligkeit. In den letzten Tagen hat man 88 Erkrankungen an Bauchtyphus gezählt. Fünf Soldaten sind bereits gestorben.

Bravo! Zur Nachahmung empfohlen!

150 Prozent

der im Abonnement bezogenen Exemplare der „SAZ" verkauft täglich die Ortsgruppe Hannover. Wir danken den Hannover Genossen für die unermüdliche Arbeit.

„SAZ"-Geschäftsleitung.

Todessturz aus dem 4. Stock

Görlitz, 28. September.

Im Hause Sohrstraße 4, stürzte kurz vor Mitternacht der 33jährige Fritz Hosemann aus dem 4. Stock in den Hof, wo er schwer verletzt liegen blieb. H. wurde sofort ins Krankenhaus geschafft, wo er bald seinen Verletzungen erlag. Die Ursache des Sturzes ist noch nicht ganz aufgeklärt, es soll sich um keinen Selbstmord handeln.

Kleine Sportnachrichten

Freie Schwimmer, Breslau E. V.:
Sonntag früh beginnt für die Kinder das Winterbaden im Hallenbad. Monatsabonnements inkl. Vereinsbeitrag 1 Mk. Nichtmitglieder können mitgebracht werden und zahlen für ein Einzelbad 25 Pfg. — Letzter Termin zur Einzeichnung zwecks Bestellung der zu verzehrenden Heringe bei der am 2. Oktober stattfindenden Kartoffel- und Heringspartie ist Dienstag, 4. Oktober (erster Badeabend im Hallenbad).

Abt. Nord: Donnerstag 20 Uhr Wasserballer im Poseidonbad. Aufstellung der Mannschaften. 1. Männerhandballmannschaft, Sonnabend, 14 Uhr, zum Platzbau im Stadion.

Arbeiter-Rad- u. Kraftfahrerbund „Solidarität" Ortsgruppe Breslau.
Sonntag, 2. Oktober, Ausfahrt nach Puschwitz. Start 13.30 Uhr, Striegauer Platz.

Jugendabteilung: Sonntag, 2. Oktober, Tagesfahrt zur Pfindigkeitsfahrt des Bezirks nach Trebnitz. Start 8.30 Uhr, Trebnitzer Platz.

Kraftfahrerabteilung: Sonntag, 2. Oktober, Ausfahrt nach Ritschedorf bei Obernigk. Start 13 Uhr, Rosenthaler Brücke. Fahrordnung: In Gruppen. Fahrtleiter: Genosse Göbel.

Touristen-Verein die Naturfreunde, Ortsgr. Bresl.
Donnerstag, 6. Oktober außerordentliche General-Versammlung im Gewerkschaftshaus. Nach einem Referat des Gauobmannes über die Tagung in Bregenz wird ein Antrag des Vorstandes auf Erhebung eines Extrabeitrages behandelt. Mitgliedskarten als Ausweis mitbringen.

Jugendabteilung: Mittwoch Heimabend im Jugendheim auf der Matthiasinsel.

Volkstanzkreis: Sonnabend, 20—22 Uhr, in der Marienschule, Kirchstraße. Gäste willkommen.

Breslauer Haus in Peiskerwitz! Allen Vereinen sei unser Haus zu Kartoffel- und Heringspartieen empfohlen. In schöner Wanderung von der Endstation der Städt. Omnibusse in Herrnprotsch nach dreiviertel Stunden zu erreichen. Näheres durch den Hüttenwart, Gen. Mertin, Ottostraße 21.

Arbeiter-Samariter, Kolonne Groß-Breslau:
Erweiterter Vorstand: Montag, 19 Uhr, Zusammenkunft im Gewerkschaftshaus.

Dienstag findet um 20 Uhr, der Kolonnenabend im Gewerkschaftshaus statt. — Die Abteilungen bringen Uebungsbinden mit. Gäste sind willkommen.

Werbt Abonnenten!

Die Jahresfeier der SAP im Konzerthaus am Sonntag ist ausverkauft

Da eine zweite Veranstaltung eingelegt wird, muß der Beginn der Abendveranstaltung von 19.30 Uhr auf 20.00 Uhr verschoben werden.

Die Nachmittagsveranstaltung, in der ebenfalls der Tonfilm „Kameradschaft" läuft, beginnt um 15.00 Uhr.

An den Veranstaltungen nehmen je 150 Jubilare teil. Eintritt: Stehplatz 20 Pfg., Sitzplatz 25, 35, 45 Pfg. Kinder zahlen denselben Eintritt. An der Kasse 10 Pfg. teurer.

ORGANISATIONS-NACHRICHTEN

SAP

Bezirk Mittelschlesien: Sekretariat: Breslau, Kleine Holzstraße 3. Telefon 567 60.

Nächste Veranstaltungen der Partei

Sonntag, 2. 10., Partei-Jahresfeier im Konzerthaus.

Montag, 3. 10., Spargläubiger-Versammlung im Zentral-Ballsaal, 20 Uhr.

Donnerstag, 6. 10., Erweiterter Vorstand.

Freitag, 7. 10., Zentrale Funktionärversammlung für alle SAP-Genossen, die in irgend einer proletarischen Organisation Funktionen inne haben.

Lokale werden noch bekanntgegeben.

Stadtteil Zentrum:
Freitag, 30. September, 20 Uhr, Funktionärsitzung im Parteibüro, Kl. Holzstraße 3.

An der 1. Veranstaltung, 17 Uhr, im Konzerthaus, nehmen die Jubilare der Distrikte 9, 12, 13, 15, 16, 17, 18, 19, 20, 21, 22, 24, 30, 31, 32, 34, 36, 37, 39, 40, 41, 45, 46, 48, 49, 50, 52, teil.

An der 2. Veranstaltung, die statt 19.30 Uhr, erst um 20 Uhr, beginnt, nehmen die Jubilare der Distrikte 1, 2, 3, 4, 5, 6, 7, 8, 10, 11, 14, 26, 27, 28, 29, 33, 35, 38 und 48, teil.

Diese Karten holen die Distriktsführer im Sekretariat ab.

Alle Mitwirkenden bei der **Gründungsfeier**, Sonntag, 15 Uhr, im Konzerthaus, Distrikts-, Kinderfreunde- und SJV-Fahnen bis 15 Uhr zur Stelle. Alle Karten für die um 20 Uhr beginnende Veranstaltung sind sofort im Büro abzurechnen.

Achtung! Alle Distriktsführer melden bis Freitag 18 Uhr, im Büro der SAZ, wieviel Exemplare der Sondernummer zum Einzelverkauf benötigt werden! — Heut abend ist anzugeben, wo in den einzelnen Distrikten die Sondernummern zum Einzelverkauf ausgegeben werden. Der Wochenend-Verkauf am Freitag fällt diese Woche aus.

Achtung, Mundharmonikaspieler!
Genossen, welche Lust und Interesse an der Bildung einer proletarischen Gemeinschaft haben, melden sich jeden Montag, 20 Uhr, im Heim Seydlitzstraße.

Monistische Gemeinde, Breslau E. V., Grünstr. 14.
Nächster Vortrag: Sonntag, 2. Oktober, 17.30 Uhr, Grünstr. 14/16. Redner: Gen. H. Macheli, „Lenin als Philosoph." Eintritt: Mitglieder frei, Gäste 20 Pfg., Erwerbslose 10 Pfg.

SJV

Sekretariat, Kl. Holzstr. 3. Sprechstunden Dienstag, Mittwoch u. Freitag von 10—12 Uhr u. Donnerstag von 18—20 Uhr.

Arbeiter-Kinderfreunde Breslau.

Achtung, Helfer! Freitag Zentralhelfersitzung, Heim Gräbschen. Kurzreferate: Politik in der Erziehung. Helfer sämtlicher Abteilungen erscheinen bestimmt. An der SAP-Feier mitwirkende Helfer sind Sonntag, 2. Oktober nachmittag zur Probe. Bekanntmachung noch Freitag.

Monistische Jugend:
Heut ist alles im Heim, Grünstr. 14/16 (Zentralabend). Sprechchor und Volkstanzprobe. Pünktlich 19.30 Uhr erscheinen. Geld für die Waldenburgfahrt umgehend mitbringen.

Verantwortlich: Paul Hannack, Breslau; Inseratenteil: Herbert Scholz, Breslau. Verlag: „Sozialistische Arbeiterzeitung" Breslau. Lohndruck: Th. Sobotzky AG., Breslau, Neue Graupenstr. 7.
Redaktion: Breslau, Kleine Holzstraße 3, 1 Treppe. Telephon 206 02.
Inseratenpreis: Berechnung erfolgt auf Grund unseres Tarifes.

STADTTHEATER
Donnerstag, 20—gegen 23 Uhr
Der Zarewitsch
Freitag, 20—gegen 23 Uhr Abonn.-Vorstellung C 3 Erstaufführung
Mister Wu
Sonnabend, 20—22.45 Uhr
Der fliegende Holländer

LOBETHEATER
Täglich 20.15—22.15 Uhr
Sonntag, 15.30—17.30 Uhr
Spiel im Schloß
Sonnabend, 20.15 Uhr (u. tägl.) Zum 1. Male
Die endlose Straße
Frontstück von Graff u. Hintze.

GERHART-HAUPTMANN-THEATER
Täglich 20.15 — 22.20 Uhr
Sonntag 15.30—17.35 Uhr
Die versunkene Glocke
Sonnabend, 20.15 Uhr, (u. tägl.) Zum 1. Male
Der Tiefstapler
Kriminalgroteske von Franz Gammerlohr.

Kleine Anzeigen in der SAZ sind **erfolgreich und billig!**

Pfänder-Versteigerung
Berliner Platz 2
am Donnerstag, den 6. Oktob. 1932
vormittags 9 Uhr
rote Scheine bis Nr. 6500
Bietungskaution RM. 10.—
Gemeinnütziges Pfandleihhaus der Stadt Breslau G. m. b. H.
Schubert.

Junge Parteigenossin
sucht ab 1. Oktober Zimmer, da von Eltern wegen SAP-Mitgliedschaft gemaßregelt. Mitteilung an die Redaktion.

KAFFEE HAG SCHONT

zu haben bei:
Hugo Rinner, Opitz-Straße 88 Ecke Yorkstraße
Kolonialwaren, Spirituosen
Edeka-Geschäft!

Besucht das „Proleton"
Arbeiter-Sport-Kartell

Berlin

Wo decke ich meinen Bedarf?

ZENTRUM

C. G. Müller
gibt 8% Rabatt in Edeka-Marken
Jetzt nur noch **Neue Taschenstr. 1b**
früher Poststraße 4

Kauft bei Blasse! Blasse ist billig!
Kaufhaus **Blasse** nur Graupenstr. 6/10

Drogen Farben Foto **Matthias** Gartenstraße 10

Sport und Funk
billigste und beste Bezugsquelle für alle Sportartikel und Radio-Geräte
Schweidnitzer Straße 20/21
(neben der Dorotheenkirche)

Richard Pusch
Ritter-Drogerie
Messergasse Nr. 37
DROGEN - FOTO

Wo kauft man seine Ledersohlen?
Bei **Gutsche — Überall** empfohlen!
Albert Gutsche, Reuschestr. 32/33
Bekannt leistungsfähig in Leder- und Schuhbedarfsartikeln!
Gräbschener Straße 19/21 · Bohrauer Straße 43 · Poststraße 7 · Moltkestraße 14

Werbt Abonnenten!

ODERTOR U. SCHEITNIG

Richard Gelse ff. Fleisch- u. Wurstwaren Bismarckstraße 24

Bäckerei u. Konditorei Karl Pusch
Hedwigstraße 22
Filiale: Starnstraße 122 — Carlowitzermarkt 11

Richard Karsunky & Co
Möbel
Rosenthaler Str. 2, Ecke Matthiasstr.

Reserviert!
Nr. 101

Wilhelm Kupczyk
Schleßwerderstraße 51
Kolonialwaren Lebensmittel

Leder billigst bei **K. Becker** Gneisenaustraße 5

ff. Fleisch- u. Wurstwaren
nur bei Bruno Kastner, Adolfstr. 14

HERMANN NICKISCH
9% Kolonialwaren Gertrudenstr. 2 9%

Wir lesen die
SAZ
Sozialistische Arbeiter-Zeitung
Geschäftsstelle: Kl. Holzstr. 3. Tel. 206 02
und kaufen in Zukunft nur noch bei unseren
„Inserenten"

EMILE ZOLA Sein Leben, sein Werk, sein Kampf

Von Denise Leblond-Zola

Jugend*

Ohne Geld und Beziehungen mit achtzehn Jahren erst in der Obersekunda eines Pariser Gymnasiums zu sitzen, dort als Provenzale behandelt zu werden, nachdem er in Aix gerade wegen seines unvollkommenen Dialekts ausgelacht worden war: all das war nicht eben dazu angetan, Zola mit Begeisterung für sein Studium zu erfüllen, und hielt ihn außerdem davon ab, neue Freundschaften zu schließen.

Die einzigen Erfolge waren die guten Noten in Literaturgeschichte und die Ermutigungen seines Lehrers . . .

Nach Paris zurückgekehrt, erkrankt Zola schwer an Typhus! während der Rekonvaleszenz notiert er sorgfältig seine Eindrücke, die ihm später als Unterlage für die Schilderung der Rekonvaleszenz Serges (einer Romanfigur. Anmerk. d. Red.) dienten. Zur gleichen Zeit verschlimmert sich seine Kurzsichtigkeit: er bemerkte eines Tages, daß er die Plakate an der Mauer gegenüber seinem Fenster nicht mehr entziffern kann.

Zola schwankt: er möchte Arbeit finden, um seiner Mutter nicht mehr zur Last zu fallen. Dem Freunde Baille vertraut er seine Absicht an, Angestellter in irgendeinem Verwaltungsbüro zu werden. Dann lehnt er sich wieder gegen einen derartigen Entschluß auf, den er „verzweifelt und absurd" nennt. Er überlegt, fragt sich, ob er sein Glück versuchen, das Abitur machen soll, doch eine innere Stimme sagt ihm: „Du bist weder zum Studieren noch zum Angestellten geschaffen".

Dennoch beschließt Zola, zunächst sein Abitur zu machen: er will Jura studieren, um später Rechtsanwalt zu werden. So besucht er denn weiter das Gymnasium Saint Louis und macht am 3. August 1859 sein schriftliches Examen.

Als Packer im Verlag

Im Verlag Hachette arbeitete Zola zuerst als Packer. Ich sehe ihn vor mir, den jungen Mann mit dem römischen Profil, kurzsichtig, schüchtern und doch voller gespannter Willenskraft im Bewußtsein seiner Fähigkeiten, zäh in seinem Ehrgeiz, ein Werk zu schaffen, das ihn einmal auf die Höhen des Erfolges tragen soll. Vom Vater hat er die Befähigung geerbt, kolossale Pläne zu entwerfen und von der Familie seiner Mutter die starke Logik und scharfe Urteilskraft, die den Bewohnern der Beauce eigentümlich ist. Bald macht man ihn übrigens zum Leiter der Reklameabteilung.

Das kam so: Eines Abends schleicht sich der junge Packer nach Arbeitsschluß in das Zimmer des Verlagsleiters und legt auf den Schreibtisch „Die verliebte Komödie". Auf diese Weise erfährt Hachette, daß sich unter seinem Expeditionspersonal ein Dichter befindet. Und so wird die Fähigkeit Zolas, „eine intellegentere Arbeit zu verrichten", entdeckt.

Nun verdient er wenigstens seinen Lebensunterhalt und fühlt, daß er gerettet ist. In seiner freien Zeit beginnt er Erzählungen und Novellen zu schreiben.

Im Kampf gegen Zensur und Staatsanwalt

Das Drama „Madeleine" spielt in einer Stadt im Süden Frankreichs, der Roman dagegen in Paris und in der Umgebung von Mantes. Er erschien zunächst in Fortsetzungen unter dem Titel „La Honte" (Die Schande) im „Événement", aber die entrüsteten Leser verlangten die Unterbrechung des Abdruckes.

Der kaiserliche Staatsanwalt ließ sich sogar den Chefredakteur Bauer kommen, um ihm zu sagen, falls der Roman nicht weitererscheine, wolle er von einer Strafverfolgung absehen, mache aber darauf aufmerksam, daß gegen das Buch selbst wahrscheinlich ein Verfahren eingeleitet werden würde. Bauer machte dem Verleger Zolas, Lacroix, hiervon Mitteilung, was Zola veranlaßte, für die „Tribüne" einen Artikel zu seiner Verteidigung zu schreiben. Er protestierte und lehnte den Vorwurf ab, sich gegen die Moral vergangen zu haben, indem er eine medizinische Studie schrieb, deren hoher sittlicher Wert ihm unzweifelhaft erschien. Und er lehnte es weiter ab, auch nur ein einziges Wort seines Buches zu streichen, wie es Lacroix forderte. Dieses Verlangen empörte ihn vollends; er erklärte: „Meine Studie sucht zu beweisen, daß die Bande der Ehe vom rein physiologischen Standpunkte aus als unlösbar zu betrachten sind."

Anläßlich einer persönlichen Aussprache mit dem Staatsanwalt erteilte ihm dieser den Rat, die beanstandeten Stellen zu streichen fügte aber hinzu, daß nach Ansicht des Justizministers kein Grund zu einem Verfahren gegen den Herausgeber des „Événement" vorliege. Dies beruhigte Zola und bestärkte ihn noch in seiner Absicht, nicht ein Wort des Buches zu ändern. Er kritisiert die Rolle, die das Gericht in der Literatur spielt: die Staatsanwälte regen sich stets nur über ein Wort oder einen Satz auf.

„Niemals aber gibt es einen Tendenzprozeß, niemals bekümmern sie sich um die Gesamtheit eines Werkes, nie fragen sie sich, ob dies Wort oder jener Satz nicht etwa unerläßlich sind, um die Idee des Ganzen zu einem logischen Schlusse zu führen."

Weiterhin entrüstet sich Zola über die Tatsache, daß niemand die frivole Literatur verfolge, die „das Laster unter galanter Maske vorführe".

„Verboten ist nur, vom Laster mit der Peitsche in der Hand zu sprechen wie Juvenal".

Der kaum Achtundzwanzigjährige gebärdet sich wie ein Moralist, wenn er erklärt:

„Eine Gesellschaft kann unter Umständen wohl durch unanständige Albernheiten zugrunde gerichtet werden, niemals aber durch die nackte Wahrheit." . . .

(Diese Artikelserie wird fortgesetzt.)

*) Nachstehende Abschnitte entstammen dem Buche von Denise Leblond Zola, das im Malik-Verlag erschienen ist.

Totenstille im Röntgenstraßen-Prozeß

Eindrücke im Gerichtssaal

Von Karl Otten

Am 29. August wurden in der Röntgenstraße vor einem Nazilokal ein Mann namens Gatsche erschossen und zwei andere verwundet. Alle drei Mitglieder des Sturms 33. Als Täter wurden im Verlauf der nächsten Woche neun Kommunisten verhaftet

Da sitzen die Neun nun in zwei Reihen hintereinander auf der Anklagebank, die sie kaum überragen.

Fast noch Kinder.

Klein von Wuchs, mager, bleich, mit großen aufmerksamen Augen verfolgen sie ohne ein Lächeln, ohne Bewegung das Auftreten der Zeugen, Aussagen, Fragen, Kreuzverhöre Sie geben kein Zeichen der Entrüstung, wenn es gegen sie geht. Sie geben kein Zeichen der Freude oder Erleichterung, wenn die Aussagen günstig für sie lauten. Sie antworten nur, wenn sie gefragt werden, und dann ernst, sachlich, fast allzu sachlich und mit einer wirklich männlichen Ruhe. Sogar als der ernstgestimmte, loyale Vorsitzende, Herr Landgerichtsdirektor Tolk, ein Lachen nicht unterdrücken kann und auch die Zuhörer laut auflachen, verziehen die Angeklagten keine Miene, sondern blicken uns erstaunt an, als wollten sie sagen

„. . . wie könnt ihr da bloß lachen, wo es doch um unsere Köpfe geht?"

Und in diesen Köpfen, um die es geht, herrscht grausame Klarheit. Sie spüren die Maschine der Justiz zum erstenmal in ihrem jungen Leben und sie zweifeln keine Sekunde daran, daß es aller Kräfte bedarf, um sie aufzuhalten.

Da ist der Zellenführer Calm, ein untersetzter stämmiger Junge, der die Aermel aufgekrempelt hat, als müsse er wie ein Ringkämpfer für sein Recht eintreten. Aber er ist eher ein Schiedsrichter. So knapp und klar schildert er alle Details jenes verhängnisvollen Abends, als sie nach der Zellensitzung Kameraden in ihre Wohnung in der Röntgenstraße begleiteten. Er auf dem Rade sauste zur Polizei, um sie um Schutz zu bitten. Und wie eben in der Röntgenstraße jene Schüsse fielen, die ihnen galten, aber die Gegner trafen. Und die anderen Angeklagten? Was sind das für Menschen? Mit Ausnahme Calms und des Jüngsten, der kaum siebzehn alt ist, sind es Erwerbslose, Ungelernte, einer aus der Fürsorge. Opfer der Verhältnisse, die Krise und Politik über sie, ihre Eltern und das ganze Land verhängten. Sie wohnen alle in Charlottenburg, rund um den Wilhelmsplatz, jenes Zentrum ständiger Unruhe, ständiger Stehkonvente, aus denen Rempeleien, Schimpfworte und schließlich Schüsse aufgellen. Ich habe einen Wohlfahrtspfleger, der einen Teil der Jungens kennt, gefragt: „Es sind Kinder wie alle anderen, beunruhigt von ihrer eigenen Ruhe, von ihrem eigenen Nichtstun, dem sie um jeden Preis entfliehen möchten. Sie kommen erst dann zur Ruhe — nach einer Anzahl mehr oder minder dummer Streiche — wenn sie sich einer Gruppe angeschlossen haben."

In diesem Charlottenburg wohnen Linke und Rechte nebeneinander, ineinander, sie scheuen einander sozusagen in den Magen. Ein Angeklagter war Untermieter bei einer Frau, deren Sohn Nazi-Sturmführer ist. Diese Zeugin kann nichts Schlechtes über den Jungen aussagen. Die beiden reden miteinander, verbessern ihre Aussagen wie höfliche Feinde, die einer Unterhaltung nicht ausweichen können. Für jeden unbefangenen Beobachter kann es über die seelische Haltung dieser Jungens nur ein Urteil geben:

Sie benehmen sich einwandfrei, stehen männlich zu ihren Worten.

Es gab in ihren Aussagen bis jetzt keine Widersprüche; viele Tatsachen, die die andere Seite erwähnt, ergänzen ihre Darstellung. In keinem einzigen Falle mußte einer von ihnen seine Aussagen abändern, wie das bei den Zeugen unaufhörlich der Fall ist.

Diese Zeugen sind Nazis. Hochgemut, mit rotem Nacken, stehen sie stramm und reden drauflos. Jeder hat alles gesehen und erkennt jeden der Angeklagten wieder. Eine nicht einzudämmende Fülle von Beobachtungen und Details, von den Verteidigern der Nebenkläger geschickt gelenkt, ergießt sich über die Opfer. Jede Aussage zieht den Strick um einige Zentimeter enger.

Es ist manchmal so totenstill im Saal, daß man husten muß, um sich selbst zu spüren.

In einer Atmosphäre von Haß, Verachtung und Aechtung, aus der der Schrei nach dem Henker erschallt (siehe „Angriff" vom Mittwoch, dem 21. d. M.). Und dann dringt endlich etwas wie Licht aus der Masse von Haß und Dunkelheit, ein Gefühl, das an ein anderes Deutschland erinnert, die Wahrheit oder die Liebe zur Aufrichtigkeit. Ein alter Steinsetzer, seine Frau und sein Sohn sagen aus. Die Kugeln schlugen bis in ihr Zimmer. Diese Kugeln kamen — aus der Nazikneipe!

Und da wird es wiederum sehr, sehr still. Namentlich bei den hochgemuten Belastungszeugen. Und dann erzählt die sechzigjährige Frau, macht ihrem bedrängten Herzen Luft, sie wird zur Anklägerin, und wir erfahren, wie es in Wirklichkeit zuging in jener Gegend um den Wilhelmsplatz: da wurden

Tag für Tag Menschen, harmlose Passanten, von diesen Soldaten des Dritten Reiches angepöbelt, geschlagen, getreten und mißhandelt.

Ein Bild des Grauens für viele: da wurden drei Arbeiter von etwa zwölf Braunhemden überfallen. Einem schoß das Blut in Strömen über die Augen, ein anderer kroch auf allen Vieren heulend über das Pflaster, und der Naziwirt zertrampelte die Fahrräder der Opfer mit den Stiefeln. Und dann ging die Zeugin auf einen Mann auf der Zeugenbank zu und sagte laut, daß dieser da einer der Schlimmsten war. Und was tat dieser Mann? Er lachte, er wußte nichts anderes zu tun und zu erwidern, als zu lachen. Und das war außerdem einer der Männer, die neben den anderen standen, die in der Unglücksnacht geschossen haben. Ein Nazi. Er lachte noch auf dem Flur.

Und jetzt kann man vielleicht verstehen, weshalb die Charlottenburger Arbeiter nicht lachen. („Montag Morgen")

Der Kaiser ging, die Generäle blieben

56) Ein deutscher Roman

Von THEODOR PLIVIER

Copyright 1932 by MALIK-VERLAG A.-G., Berlin W 50 Alle Rechte, besonders die der Übersetzung, des Nachdrucks, der Verfilmung und Radioverbreitung, vorbehalten.

„Aber die Straße darf doch schließlich nicht die Politik bestimmen!"

Der Kreis um Scheidemann herum ist größer geworden.

Scheidemann erklärt auf das bestimmteste: „Der Kaiser muß weg, sonst haben wir die Revolution!"

„Aber das ist in der kurzen Frist doch unausführbar!"

„Wie Exzellenz Scheidemann sich das überhaupt vorstellen, möchte ich wissen — auf telephonischem Wege die Abdankung bis morgen herbeizuführen, das ist doch unmöglich!"

Unterstaatssekretär Haußmann ist beinahe persönlich beleidigt. Er spricht mit einem leichten schwäbischen Akzent: „Ich bin über die ganze Art und Weise des sozialdemokratischen Vorgehens verletzt. Hierdurch wird unsere Mehrheit ja gesprengt. Man zerstört alles in dem Augenblick, wo man in Preußen reformieren will!"

Scheidemann verteidigt seine Partei:

„Das lag an dem Zeitmangel, die Ereignisse überstürzen sich eben. Die Bewegung wächst uns sonst über den Kopf!"

„Aber so kann man unter gebildeten Menschen nicht verhandeln. Ein Vorgehen wie das der Sozialdemokratie macht jedem, der noch etwas auf sich hält, das Zusammenarbeiten beinahe unmöglich!"

Wie schon oft in diesen Tagen, bedauert Scheidemann, daß nicht Ebert an seiner Stelle steht. Er sieht seine Ministerkollegen an, den siebzigjährigen v. Payer, der schon unter Hertling den Posten des Vizekanzlers innehatte, den greisenhaften Gröber, dem der weißgebleichte Bart bis weit auf die Weste herunterfällt, den vierkantigen Kopf des Dr. Solf, der wie ein alternder katholischer Geistlicher aussieht und dessen an die hintere Partie des Schädels angeklebtes Haar an eine Perücke erinnert. Es hat ja alles keinen Zweck mehr . . .

Um die Debatte abzuschließen, sagt er:

„Niemand weiß, wer morgen noch hier auf diesen Stühlen sitzen wird! Nach unserer Ueberzeugung tritt ein revolutionärer Zusammenbruch ein, wenn der Kaiser nicht sofort abdankt. Dankt er ab, so glauben wir die Garantie übernehmen zu können, daß die Entwicklung sich noch günstig gestalten wird. Wir sind bis heute unseren Zusagen treu geblieben. Wir haben dabei sogar unseren Ruf aufs Spiel gesetzt!"

Neue Nachrichten platzen in die Versammlung:

Das Gouvernement Köln verhandelt mit Soldatenräten.

In München ist das Kriegsministerium besetzt worden.

Aus dem Vorzimmer kommen einige Offiziere herein, schlagen die Hacken zusammen, begrüßen die Exzellenzen und beteiligen sich am Gespräch:

„Wir haben uns alle dem Oberkommando zur Verfügung gestellt!"

„Kompanien mit 10 bis 15 Offizieren werden gebildet, und die Bataillone unauffällig in den Häusern verteilt. Die Stadt ist in Kampfabschnitte eingeteilt worden!"

Einer kommt aus dem Polizeipräsidium:

„Im großen Gleshof sieht es aus wie in einem Kriegslager, auch im Schloßkeller liegen Truppen, und auf dem Schloßhof stehen Panzerwagen."

„Und die Truppen sind zuverlässig?"

„Unbedingt, Exzellenz! Die Naumburger Jäger zum Beispiel!"

„Die Jüterboger Artillerie auch — die ist königstreu bis in die Knochen!"

„In der Führersitzung hat der Oberkommandierende erklärt, daß scharf zugefaßt werden muß, den Aufständischen sind schon Panzerwagen entgegengeschickt. Die Fliegerinspektion hat Befehl, gegen die mit Matrosen nach Berlin fahrenden Eisenbahnzüge Flugzeuge anzusetzen. Auch die Eisenbahnschienen sind aufgerissen worden."

„Artillerie soll ebenfalls eingesetzt werden!" Die Exzellenzen bedanken sich bei den jungen Offizieren für ihre zuversichtlichen Aeußerungen und setzen sich zu den übrigen Kabinettsmitgliedern an die lange Konferenztafel.

„Alles kommt darauf an, daß wir Berlin halten, bis Ersatz von der Front kommt. Die OHL hat dem Kriegsminister Feldtruppen zugesagt. Die II. Garde-Infanterie-Division ist bereits im Anrollen, eine weitere ebenfalls. Auch ein Armeekommando, das den Oberbefehl gegen die Meuterer übernehmen soll, ist unterwegs."

Das Kabinett ist vollzählig versammelt. Nur der Staatssekretär ohne Portefeuille Erzberger, der vor zwei Tagen als Führer der Waffenstillstandskommission nach dem Westen abgefahren ist, fehlt.

Der Kriegsminister eröffnet die Sitzung.

Er spricht über die militärische Situation:

Ich halte das Heft in Berlin fest in der Hand. Durch die Straßen Moabits ziehen zwar Soldaten mit roten Schleifen, und am Bahnhof Putlitzstraße haben sich Elemente angesammelt, die sich die ‚Rote Garde' nennen; es treffen auch unausgesetzt Matrosen in Berlin ein, doch die werden verhaftet und festgehalten . . ."

„Die Matrosen werde ich auf die Schiffe zurücktransportieren!" wirft Admiral v. Mann ein.

Der Kriegsminister spricht weiter, über die allgemeine Sicherung der Reichshauptstadt; er begnügt sich mit Allgemeinheiten. Dem Kabinett, das im engeren Kreis des Reichskanzlers ohnehin schon „der Sowjet" genannt wird, hat er nicht allzu viel mitzuteilen. Auch die Exzellenzen, die nach dem Kriegsminister sprechen, haben kaum etwas vorzubringen. Die Entscheidungen dieser Stunde werden offenbar an anderen Stellen getroffen: im Kriegsministerium, im Oberkommando der Marken, vielleicht im Arbeitszimmer des Kanzlers, vielleicht auch im Vorstand der Sozialdemokratischen Partei.

Die bürgerlichen Mitglieder des Kabinetts fühlen sich durch das eigenmächtige Vorgehen der Sozialdemokraten bedroht.

Dr. Solf weist auf die gemeinsame Gefahr hin:

„Ich habe auswärtige Pläne der Bolschewiki erhalten. Ihre Hoffnung für die Weltrevolution ist jetzt Deutschland. Im Dezember soll hier losgeschlagen werden. Der Großadmiral, Exzellenz v. Tirpitz, steht auf der Proskriptionsliste, auch Exzellenz Scheidemann!"

Scheidemann kann ein Lächeln nicht unterdrücken. Er denkt an die ihm seit langem zugehenden Briefe, nach denen er totgeschlagen wird, wenn er noch einmal Kriegskredite bewilligt und wie ein toller Hund beseitigt werden soll, wenn er keine bewilligt und so der Regierung in den Rücken fällt. Erschossen, erschlagen, aufgehängt soll er werden — aus den widersprechendsten Gründen. „Vaterlandsverräter!" „Arbeiterverräter!" „Königlicher Sozialdemokrat!" „Blender Schuft!" wird er in den Briefen tituliert. Sogar die christlich-konservative „Kreuzzeitung" hat gefordert, daß sein Blut auf den Sandhaufen fließen müsse. Scheidemann hat sich lange an Prophezeiungen, wie Dr. Solf sie vorbringt, gewöhnt. Sein Optimismus hat darunter nicht gelitten. Er liest Zuschriften dieser Art jetzt beim Morgenkaffee und hat sich sogar eine Sammlung davon angelegt.

Wie die Spitzelberichte über den Bolschewismus zustande kommen, weiß er genau. Schließlich war er es ja, der angeregt hatte, die Kurierkiste des russischen Botschafters auf dem Schlesischen Bahnhof platzen zu lassen, aus dem dann prompt das gewünschte Material zutage gefördert wurde — allerdings erst im Polizeipräsidium. Die aufgefundenen Flugblätter waren von deutschen Unabhängigen verfaßt und in deutschen Druckereien hergestellt worden. Aber das haben die Behörden nicht gemerkt und der russische Botschafter wurde ausgewiesen. Scheidemann läßt sich nicht bange machen, er weiß Bescheid.

„Aber bitte, ich habe ganz zuverlässige Nachrichten. Ich werde Sie mit meinem Gewährsmann zusammenbringen!" sagt Dr. Solf.

(Fortsetzung folgt.)

KPD sabotiert Listenverbindung mit SPD

Ultralinker Kurs geht weiter

Wie das Listenverbindungsangebot der SPD an die KPD zum bevorstehenden Gemeindewahlkampf, über das wir bereits gestern berichteten, in den Reihen des Bürgertums gewirkt hat, wird am besten gekennzeichnet durch die Aufmachung in der nationalsozialistischen Presse. Der „Freiheitskampf" schreibt in seiner Nummer vom 27. d. M. in großen Schlagzeilen an der Spitze der Ausgabe: „Ein Warnungssignal", „Marxistische Einheitsfront für die sächsischen Gemeindewahl. SPD und KPD Arm in Arm."

Um so bedauerlicher ist die Haltung der KPD-Instanzen. Nach dem Bericht der „Arbeiterstimme" vom gleichen Tage hat der Parteisekretär der KPD, Fritz Selbmann, in der „Alberthalle" in Leipzig in einem großen politischen Referat auch zur Frage der Listenverbindung zwischen SPD und KPD Stellung genommen. Unter der Ueberschrift „SPD-Manöver gegen die Einheitsfront" berichtet die „Arbeiterstimme" über das Referat: „Die sozialdemokratische Partei schlägt uns Listenverbindung im bevorstehenden sächsischen Kommunalwahlkampf vor. Dieses Angebot der SPD ist nichts anderes, als ein neues radikales Manöver mit dem Zweck, die Arbeiterschaft in Sachsen über den wahren Charakter der klassenfeindlichen und arbeiterverräterischen Kommunalpolitik der SPD in den sächsischen Gemeinden hinwegzutäuschen. **Wir denken nicht daran, der SPD dieses betrügerische Manöver zu gestatten und diesen neuen Betrug an den Arbeitern zuzulassen."** (Fettdruck im Original!)

An diese Formulierung, die praktisch als Absage gewertet werden kann, schließt sich eine Reihe von Bedingungen an, auf die die SPD zunächst Antwort geben soll. Es wird von der SPD gefordert, daß sie für alle sozialdemokratischen Gemeindefraktionen folgende Verpflichtungen übernimmt.

1. Mittelverweigerung für die Machtmittel des Staates, insbesondere der Polizei.
2. Zustimmung des Gemeindeetats nur dann, wenn dieser die Zustimmung in öffentlichen Arbeiterversammlungen gefunden hat.
3. Gegen Abbau der Löhne und Gehälter und Festsetzung eines Höchstgehalts von 8000 RM.
4. Keine Kürzung der Fürsorgesätze.
5. Gegen kommunale Steuern, soweit sie die Arbeiter belasten.
6. Keine Durchführung der Notverordnungsbestimmung durch die Beamten und Angestellten der Gemeinden.
7. Wiederaufnahme ausgeschlossener Oppositioneller in den freien Gewerkschaften.
8. Rückgängigmachung der Auflösung des Ortsausschusses des ADGB Bernstadt.
9. Anerkennung der Arbeitslosenausschüsse als Interessenvertretung der Erwerbslosen und Fürsorgeempfänger.

Am Schluß hat Selbmann, nach der „Arbeiterstimme", sich zuversichtlich über die Politik der KPD wie folgt geäußert: „So sicher wie Papen mit seinen Notverordnungen keinen Ausweg aus der Krise zeigt, so sicher werden wir als Kommunisten mit der deutschen Arbeiterklasse die Sieger von morgen sein."

Es wird sich zeigen, daß diese Zuversicht sich als eine Illusion erweisen wird, da der KPD jeder Einfluß in den Massenorganisationen fehlt. Selbst wenn man zugibt, daß die Bedingungen, die übrigens nur zum Teil mit der Kommunalpolitik zu tun haben, eine Diskussionsgrundlage abgeben können, wird bei der isolierenden ultralinken Politik der KPD nicht der nötige Widerhall in den Arbeiterorganisationen vorhanden sein. Es wird im Gegenteil der reformistischen Führung leicht fallen, diese Stellungnahme der KPD als Ablehnung hinzustellen. Die Auswirkungen der isolierenden Politik der KPD in den reformistischen Massenorganisationen der Arbeiterschaft erweist sich mehr und mehr als der Punkt, an dem die KPD scheitern wird. Es ist ja keinerlei Aussicht vorhanden, daß der Parteikurs der KPD irgendwie geändert wird. Es ist und bleibt die Aufgabe der SAP, die Einheitsfront-Kampagne voranzutragen, gestützt auf den sich mehr und mehr erweiternden Einfluß in den Massenorganisationen der deutschen Arbeiterschaft.

Politischer Querschnitt aus Vorpommern

Stralsund, 28. September.

Die SPD hat wieder eine ihrer berühmten „Machtpositionen" verloren. Der Landrat des Kreises Ueckermünde, Dr. Dr. Breitfeld, hat sich auch zu Hitler begeben. Er wurde vor drei Jahren durch Grzesinski im Landtag als der „beste" sozialdemokratische Akademiker mit großem Tamtam als Landrat gegen die Reaktion eingesetzt, weil sie den nicht vorgebildeten Landrat Koehne, jetzt in Schlesien „tätig", aus dem Amt entfernte. Er ist nun dem „Genossen" Broese aus Franzburg-Barth gefolgt. Aber die Arbeiterschaft wird erleben, daß er nicht der letzte sein wird, welcher das sinkende Schiff verläßt und ins Lager des Faschismus abhaut. Die SPD-Arbeiter sollten an diesen Vorgängen klar erkennen, daß sie jahrelang wegen dieser „Genossen" die „Erfolge" der Tolerierungspolitik auskosten mußten und zwar bis zum völligen Versagen der „Staatsmänner" Braun und Severing, die man jetzt nur noch in Seide anbieten kann.

Der Regierungsbezirk Stralsund ist aufgelöst worden. Auch hierbei ist eine „Machtposition" der SPD verloren gegangen, denn der SPD-Vizepräsident Breuer ist dadurch „arbeitslos" geworden. Die SPD und der ADGB protestierten bei dieser Gelegenheit gemeinsam mit der Reaktion aller Schattierungen. Hier wurde wieder einmal die falsche Einheitsfront hergestellt. Mit der Reaktion in einer Front ging sie zu Papen-Bracht, um Protest zu erheben. Als Sprecher in der Kundgebung und der Protestkommission, die bei Papen-Bracht in Berlin vorstellig wurde, stellte sie den Eisenbahnsekretär Kersten heraus, welcher früher als Eisenbahnarbeiter bei den Kommunisten als Stadtverordneter tätig war, dann aber zur SPD ging, als er besoldeter Funktionär werden konnte. Heute steht er selbstverständlich auf dem staatserhaltenden Flügel und bekämpft die revolutionäre Arbeiterbewegung. In der Protestkkundgebung klatschen die SPD-Anhänger Beifall, wenn sich das reaktionäre Staatsratsmitglied Dr. Langemak auf die „verbrieften Rechte" der preußischen Könige beruft. Wenn die Arbeiterschaft an der Erhaltung des Regierungsbezirks so stark interessiert ist, dann kann sie ihre „Proteste" viel besser und wirkungsvoller anbringen. Sie braucht sich nur auf ihre eigene Stärke zu berufen und den Abwehrblock aller Arbeiterorganisationen zu schaffen. Diese Einheitsfront wird durch außenparlamentarische Aktion der Diktatur Papen-Bracht eher das Rückgrat brechen, als der Protest im Bunde mit der Reaktion.

Die Nazis haben ihren Menager Willibald Behm ausgeschlossen. Behm war früher in der USPD und trat hier als Geschäftemacher auf, ging schon sehr früh zu Hitler und ist nun hier hinausgeworfen worden, nachdem er hier genügend Geschäfte gemacht hat. So ergeht es allen Menschen, die keine politische Ueberzeugung haben. Wo wird Behm nun bleiben?

Die Justiz hat eine weitere Blamage erlitten. Der Zusammenstoß zwischen Arbeitern und Nazis in einer Versammlung in Lassan (Kreis Greifswald) war zuungunsten der KPD-Anhänger ausgefallen und diese hatten Gefängnisstrafen von acht und sechs Monaten erhalten, obwohl ihre Schuld keineswegs erwiesen war. In der Berufungsverhandlung mußte der KPD-Genosse Kirchhainer - Greifswald freigesprochen werden. Zuerst hatte er als „Rädelsführer" acht Monate erhalten. Berger erhielt „nur" drei Monate, gegenüber sechs Monaten in der ersten Instanz. Und Piel wurde ebenfalls wieder freigesprochen. Die Justiz mußte also hier wieder einmal einen „Irrtum" eingestehen und stark revidieren.

Die Stralsunder SPD-Stadtverordnetenfraktion hat dem freiwilligen Arbeitsdienst zugestimmt und der Menager des „Sozialen Dienstes" hat alle Hände voll zu tun, um genügend „Arbeitsinger" herzurichten. Auch der Unterbezirksleiter Krowas des Baugewerksbundes hat seine Zustimmung als Stadtverordneter gegeben, weil er sich der „Fraktionsdisziplin" fügen mußte. In der letzten Mitgliederversammlung des Baugewerksbundes wurde diese „Arbeit" des Krowas einer eingehenden und grundsätzlichen Kritik unterzogen und die Genossen der SAP verlangten eine Nichtbeteiligung der Mitglieder, weil der Baugewerksbund den Arbeitsdienst doch grundsätzlich ablehnt.

Wir werden nun zur grundsätzlichen Gewerkschaftsarbeit übergehen und uns für eine positive Umstellung einsetzen, soweit es unsere organisatorische Stärke zuläßt. Es muß uns gelingen, eine starke revolutionäre Opposition zu bilden, welche mit den bisherigen Methoden in den Gewerkschaften gründlich aufräumt. Die einseitige Einstellung zur SPD-Politik muß überwunden werden, damit die Gewerkschaften wieder überparteiliche Klassenkampforganisationen werden. Ega.

ADGB-Nörpel wird radikal

„Tolerierung war ein Fehler — man muß sich umstellen"

ADGB-Bezirkskonferenz für Sachsen

Am 22. September 1932 tagte die Bezirkskonferenz des ADGB in Dresden mit der Tagesordnung: „Kampf gegen den neuen rechtswidrigen Lohnraub" (Referent Clemens Nörpel, Berlin).

An dem Referat war besonders auffallend, daß Nörpel ziemlich radikale Worte anwendete und zum Ausdruck brachte, daß die Brüningschen Notverordnungen genau so schlecht, ja teilweise noch schlechter als die Papensche Notverordnung gewesen seien. Nur seien die ersteren auf Grund der Verfassung rechtlich haltbarer gewesen. Die Tolerierung sei ein Irrtum gewesen. Man müsse sich umstellen. Die Verfassung wäre nur noch eine Fiktion. Einen Schutz für irgendwelches Recht gäbe es jedoch nicht mehr, das müsse uns bewußt sein. Papen mache einfach, was er wolle.

Die Erläuterungen, die Nörpel in bezug der Auswirkung und rechtlichen Bekämpfung zur Notverordnung gab, waren zwar außerordentlich interessant, doch zweifelte er selbst, daß es noch Richter geben würde, die gegen Papen entscheiden würden. Trotzdem müsse es versucht werden, schon deswegen, um dahingehende Feststellungen zu machen. Gegen die Schiebungsmöglichkeiten der Unternehmer bei der Durchführung der Notverordnung müsse die verstärkte Kontrolle der Gewerkschaften einsetzen.

Weiter behandelte Nörpel die Abwehrmaßnahmen. Wo die Möglichkeit bestände, müsse in den Betrieben gekämpft werden. Er ist der Auffassung, daß die Gewerkschaftsmitglieder allein darüber bestimmen müssen, wann und wo gekämpft werden muß. Nachstehende Entschließung wurde von Arndt, Dresden, vorgelegt und zur Annahme gebracht:

„Die Bezirksleiter und Ortsgruppenführer der freien Gewerkschaften im Freistaat Sachsen sehen in der Verordnung der Reichsregierung über Tariflohnsenkung vom 5. September 1932 nicht nur eine neue raffinierte Methode des Lohndrucks, sondern auch einen verfassungswidrigen Einbruch in das Tarifrecht.

Gegen diese rechtlich unhaltbare und in jeder Hinsicht unsoziale Verordnung werden sich die Gewerkschaften mit allen gegebenen rechtlichen (!!) Mitteln zur Wehr setzen und ihre Anwendung beim Vorliegen der notwendigen Voraussetzungen durch Kampfmaßnahmen in den Betrieben beantworten.

Die Bezirksleiter und Ortsgruppenführer fordern die Betriebsfunktionäre auf, alle Vorgänge in den Betrieben, die auf eine Anwendung der Lohnsenkungsverordnung hindeuten, genau zu beobachten und unverzüglich ihrer zuständigen Gewerkschaft mitzuteilen, damit geeignete Abwehrmaßnahmen eingeleitet werden können."

In der Diskussion wurde vom Gen. Leistner, Zwickau, darauf hingewiesen, daß die Beschränkung auf den rechtlichen Weg nicht die richtige Kampfesweise sei. Es müsse mit allen Mitteln und mit der gesamten Arbeiterschaft der Kampf vorbereitet und durchgeführt werden. Dazu sei notwendig, große Massenversammlungen aller Arbeiter einzuberufen. Weiter müsse die Gewerkschaftspresse umgestellt werden und dürfe sich nicht in Jammern und Klagen erschöpfen, sondern müsse Angriffswillen erzeugen und führend den Kampf beeinflussen. Diese schärfere Kampfesweise wurde auch vom Gen. Perkel, Leipzig, gefordert.

Der Vorsitzende Arndt hielt es auch in dieser Situation für notwendig, Stimmungsmache gegen die Opposition zu treiben, mit dem Erfolg, daß zeitweise bei den Ausführungen des Gen. Leistner ein solcher Tumult herrschte, daß man sich in eine gegnerische Versammlung versetzt glaubte. Trotz der Aufforderung von Nörpel, sich rückhaltlos auszusprechen, kann ein Teil dieser Kollegen eine andere Meinung nicht vertragen. Selbst in dieser ernsten Situation nicht.

Im ganzen genommen könnte man einen erfreulichen Auftakt in dieser Tagung sehen, wenn man auch hier wieder nicht in Halbheiten stecken bleiben würde. Und das ist leider zu befürchten. Die Entwicklung wird jedoch ein Ausweichen für die Dauer nicht zulassen.

Gescheiterte Tarifverhandlungen

CNB. Berlin, 28. September.

Die Tarifverhandlungen zwischen der Einzelhandelsgesellschaft Groß-Berlin und den am Tarifvertrag beteiligten Gewerkschaften sind, nach einer Mitteilung des Deutschnationalen Handlungsgehilfenverbandes, gescheitert. Die Arbeitgeber beabsichtigen, den Schlichtungsausschuß anzurufen.

Herings-Rekordfänge

CNB. Hamburg, 28. September.

Der Verlauf der diesjährigen Heringsfischerei hat bisher außerordentlich gute Fangergebnisse gezeitigt. Die größten Fänge wurden im Gebiete zwischen dem Fladengrund und der Doggerbank, dem sogenannten Gat, gemacht. Tagesfänge von 500 Zentnern waren keine Seltenheit.

Riesenmengen von Heringen, aber die Masse der deutschen Proleten kann sie nicht kaufen, weil ihnen selbst die wenigen Pfenige für Heringe fehlen.

Unterstützungsraub auch in England

WTB. London, 29. September.

Die Kommission für Arbeitslosenversicherung, die im Dezember 1930 eingesetzt wurde, und deren „Untersuchungen und Studien" die Grundlage für die neue Arbeitslosengesetzgebung bilden sollen, wird laut „Evening News" eine Herabsetzung der gesetzlichen Dauer der Arbeitslosenunterstützung auf 26 Wochen vorschlagen, sowie eine Neuregelung dahingehend, daß diejenigen, die regelmäßig ihre Beiträge gezahlt hätten, zu einer längeren Unterstützungsdauer berechtigt wären. Außerdem wurde auch eine Revision der Beitragssätze erwogen. Die Notwendigkeit, den Arbeitslosenunterstützungsfonds solvent zu machen, sei um so dringender, als trotz großer Ersparnisse die Kosten in diesem Jahre 120 Millionen Pfund betragen würden.

Die „Untersuchungen", „Studien" und „Reformen" der Arbeitslosenunterstützung der kapitalistischen Klasse kommen in allen Ländern zum gleichen Schluß: Unterstützungsraub. Das ganze „Studiums"-Brimborium wird überall nur gemacht, um den Arbeitermassen „Objektivität" und „Wohlwollen" vorzutäuschen, während doch von vornherein nackteste kapitalistische Brutalität gegen die Arbeitslosen die einzige Triebfeder der Herrschenden ist.

Erwerbslosenforderungen

Herne (Westf.), 28. September.

In der Herner Erwerbslosenbewegung herrscht seit Monaten eine lebhafte Aktivität. Die Bewegung erhielt deshalb eine breite Basis, weil sich alle politischen Richtungen anschlossen und so einheitliche Aktionen zustande kamen. In einer überfüllten Versammlung wurde jetzt zur Winterhilfe Stellung genommen und eine Kommission von 29 Erwerbslosen gewählt, die der Stadtverwaltung folgende Forderungen vortragen soll:

15 Zentner Kohlen für jeden Haushalt, 3 Zentner Kartoffeln pro unterstützte Person, ein halbes Liter Milch für jedes Kind unter vier Jahren, Einführung der Kinderspeisung in allen Volksschulen, Niederschlagung der Gas- und Stromrechnung für alle Erwerbslosen, restlose Uebernahme der Mieten für alle Erwerbslosen und Kurzarbeiter, einmalige Beihilfe zur Beschaffung von Winterkleidung, Einrichtung von Wärme- und Lesehallen.

Die Versammlung protestierte gleichzeitig gegen das schändliche Vorgehen der Stadtverwaltung von Gelsenkirchen, wo erwerbslose Frauen und Mädchen aus Schikane mit der Straßenreinigung beschäftigt werden.

Erwerbslosenversammlung der Holzarbeiter

Um es vorweg zu sagen, diese vom Verband einberufene Versammlung der arbeitslosen Holzarbeiter von Breslau stand im Zeichen der Opposition, und man konnte erkennen, daß auch die sozialdemokratischen Kollegen in immer stärkerem Maße unzufrieden mit der Gewerkschaftsführung werden. Das Referat des Kollegen Kuntke beschäftigte sich hauptsächlich mit den Auswirkungen der letzten Notverordnung, politische Fragen streifte er nur. Dabei konnte man aber die Hoffnung auf die nächste Reichstagswahl heraushören, indem K. den Wunsch äußerte, die Wahlpflicht „im Sinne der Demokratie" zu erfüllen. Er fand aber damit bei der Versammlung wenig Sympathie.

In der anschließenden Diskussion führte der Genosse Sommer u. a. aus: Es sei eine Illusion, sich auf den nächsten Reichstag zu vertrösten. Diese Illusion müßte genau so schnell wie beim letzten Reichstag platzen. Der Kampf, den die Arbeiterklasse jetzt zu führen habe, müsse ein außerparlamentarischer sein, der die Arbeiter aller Richtungen und Organisationen umfasse. Die letzte Notverordnung wäre nicht möglich gewesen, wenn die Gewerkschaften die vorhergegangenen Notverordnungen so bekämpft hätten, wie es nötig gewesen wäre, statt sie als kleineres Uebel anzusehen und außerdem noch zu tolerieren.

Genosse Schilling gab der Versammlung an Hand des Lohnraubs einer Breslauer Spinnereifirma ein Beispiel, wie die Unternehmer die letzte Notverordnung anwenden. Der KPD-Genosse Dreier stellte den Antrag die Erwerbslosen-Delegierten-Konferenz zu beschicken. Diesen Antrag stellte die Versammlungsleitung mit der Begründung nicht zur Abstimmung, daß sie mit dieser Konferenz nichts zu tun hätte.

Im Schlußwort führte der Kollege Kuntke u. a. aus, daß es nicht angängig wäre, so ausführlich über politische Fragen zu diskutieren, wie es in der Diskussion der Fall war, sondern man müsse mehr das Gewerkschaftliche und Organisatorische in den Vordergrund stellen. Es müsse mehr geworben und agitiert werden zur Stärkung des Verbandes.

Farmer-Demonstration in USA

Washington, 28. September.

CNB. Nachdem Washington vor einigen Wochen von den demonstrierenden Veteranen „befreit" worden ist, droht der Stadt jetzt eine Invasion von Seiten der Farmer. Es ist eine Bewegung im Gange, die darauf abzielt, bei Wiederzusammentritt des Kongresses Anfang Dezember eine ganze Armee von Farmern nach Washington zu dirigieren, um für einen Zahlungsaufschub für ihre Schulden zu demonstrieren.